Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 20 — **Bromberg,** Dienstag, den 26. Januar 1937. — **61. Jahrg.**

Generals-Kabinett in Japan?

Bedingungen der Armee für die neue Regierung

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist am Sonnabend als Folge eines Konfliktes zwischen Armee und Parteien das Kabinett Hirota zurückgetreten. Der Kaiser hat den früheren Generalgouverneur der Insel Korea, General Kaznohige Ugaki mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt.

Von der Armee waren für die Person des neuen Ministerpräsidenten folgende Bedingungen gestellt worden: er müsse vollkommen frei von jeder politischen Bindung und entschlossen sein, politische Reformen durchzuführen. Im neuen Kabinett dürften keine Vertreter politischer Parteien sein und der Reichstag müsse nach Bekanntgabe des Regierungsprogramms von der neuen Regierung aufgelöst werden. In einer am Sonntag nachmittag abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der Führer der Armee und der Marine wurde erneut gefordert, daß die neue Regierung eine kraftvolle nationale Regieurng sein müsse.

Die Armee trumpft auf.

Entscheidungskampf um die Staatsführung in Japan.

Die japanische Armee ist ein politischer Faktor. Ihr Offizierskorps ist von einer einheitlichen, richtunggebenden Idee über die Mission des Japanischen Staates erfüllt. Im allgemeinen haben diese Gedanken nicht gerade im Gegensatz zu denen der politischen Führung gestanden, aber ihre Temperatur und die Entschiedenheit, mit der sie vertreten wurden, waren in den Köpfen der Offiziere häufig andere als in denen der leitenden Staatsmänner der Regierung.

Doch auch innerhalb des Militärs gab es noch Temperaturverschiedenheiten. Als im Februar des vergangenen Jahres eine Gruppe junger Offiziere der Armee durch die Ermordung führender Regierungsmitglieder und anderer Politiker einen Putsch versuchten, wurden sie dabei durchaus von Gedanken geleitet, die Gemeingut der auf politischem Einfluß bestehenden Militärs sind. Ihre Ziele sind damals in einem Bericht des Kriegsministeriums dahin formuliert worden, daß es ihnen darum gegangen sei, die Parteien, die Kapitalisten und Bureaukraten zu beseitigen, weil diese sich zwischen den Kaiser und das Volk stellen wollten. Es sei die Absicht der jungen Offiziere gewesen, die Gerechtigkeit im Staate wieder herzustellen. Die Männer aber, gegen die sie die Waffe erhoben, erschienen ihnen als mächtige Vertreter jener Gruppen, die ihrer Meinung nach eine unheilvolle Wirkung auf die Politik des Landes ausübten.

Im Grunde war jener Putsch nur das Vorprellen einiger für die politische Idee der Armee besonders heftig begeisterter junger Leute. Man hat die meisten von ihnen nachher zum Tode verurteilt. Aber die Generäle, die über sie zu Gericht saßen, teilten ihre Ideologie. Das Gesetz verlangte die harte Strafe. Im Grunde aber warf man ihnen nur vor, daß sie zu ungestüm, taktisch ungeschickt und mit falschen Mitteln vorgegangen waren. Die praktische Wirkung des Putsches war im übrigen der Rücktritt des Kabinetts, die völlige Neubildung der Regierung und der Erlaß einer Bestimmung, die den Einfluß des Heeres auf die Regierungspolitik noch verstärken mußte. Es wurde nämlich bestimmt, daß Kriegs- und Marineminister in Zukunft nur noch ein aktiver General bezw. Admiral werden könne. Damit hatte die Wehrmacht es in der Hand, sich einem Kabinett zu versagen, das ihr keine Gewähr für die Verfolgung ihrer politischen Linie bot, d. h. eine solche Kabinettsbildung wurde unmöglich.

Jetzt hat die Armee zu einem neuen Schlage ausgeholt, nicht mit den blutigen Mitteln des Putsches, sondern in legalen verfassungsmäßigen Formen. Am Tage, bevor das Parlament zu seiner neuen Session zusammentrat, veröffentlichte die Heeresleitung eine Denkschrift, in der sie mit Bezug auf die sowjetrussische Bedrohung im Fernen Osten ihre Rüstungsforderungen aufstellte. Es bestand kein Zweifel daran, daß das Kabinett und insbesondere der Kriegsminister Terouchi sich diese Forderungen zu eigen machen würde. Das Parlament war von vornherein gegen sie eingestellt. Die finanzielle Last des Heeresbudgets drückt schwer auf das japanische Volk. Infolgedessen beschloß sogar der Parteiausschuß der Minseto, der Regierungspartei, den Rücktritt des Kabinetts Hirota zu fordern, und in der ersten Sitzung des Parlaments kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Führer der Opposition und dem Kriegsminister, dem vorgeworfen wurde, daß er den politischen Einfluß der Armee mehr denn je fördere.

Dieser Vorgang wurde das Signal für einen entscheidenden Schritt der militärischen Politiker. Sie forderten die Auflösung des Parlaments und, falls die im Kabinett sitzenden vier Parteiminister sich einem solchen Beschluß widersetzen sollten, deren Rücktritt. Das Kabinett hat sich daraufhin in seiner Gesamtheit zum Rücktritt entschlossen. Das Ziel, das mit dieser Maßnahme verfolgt wird, ist aber nun nicht einfach die Wahl eines neuen Reichstages mit vielleicht anderen Mehrheitsverhältnissen. Die Regierung hatte ja auch in diesem eine einwandfreie Mehrheit. **Man will ausgesprochenermaßen die Macht der Parteien überhaupt brechen, will durch einen direkten Appell an das Volk für die Regierung eine Autorität erlangen, die sie in erheblichem Umfange unabhängig vom Parlament und den Interessen der Parteien macht.**

Die Politik der Armee wird in erster Linie durch die von ihr als unerläßlich angesehenen außenpolitischen Ziele, die **Expansion Japans auf dem asiatischen Festlande, bestimmt.** Staat und Heer sollen stark gemacht werden, um diese Politik durchzuführen. Von hier aus müssen die innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen angesehen werden, die schon vor längerer Zeit einmal in einer militärischen Denkschrift niedergelegt wurden. Der bäuerlichen Bevölkerung Japans geht es infolge der etwas einseitig großindustriell orientierten Wirtschaftspolitik schlecht. Das Heer aber rekrutiert sich zu 75 bis 80 Prozent aus der Bauernschaft, und die Heeresleitung, die eine imperialistische, starke Politik vertritt, erachtet es als notwendig, den Volksteil, der ihr das Menschenmaterial für diese Politik liefert, wirtschaftlich und sozial zu fördern und zu heben. Im übrigen widerspricht der demokratisch-parlamentarische Einbau in die alte Meiji-Verfassung, der nach westlerischen Ideen in der liberalistischen Epoche Japans erfolgte, den ganz und gar auf das Führerprinzip ausgerichteten Gedanken der militärischen Politiker. Parteien und das von ihnen beherrschte Parlament sind ihnen ein die unmittelbare Verbindung zwischen dem aus göttlicher Abstammung und Mission abgeleiteten Kaiser und dem Volke störendes Element. Deshalb sollen sie vernichtet oder soweit wie möglich ausgeschaltet werden.

Noch ist es schwer zu erkennen, ob der jetzige entschlossene Vorstoß des Militärs dieses Ziel vollkommen erreichen wird. Aber man muß sich klar darüber sein, daß die Armee in Japan ein außerordentlich starker Faktor ist. Und es sind diesmal nicht junge heißblütige Fanatiker, die handelten, sondern die überlegenden und klar denkenden Führer des Heeres.

Frankreich bleibt beim System der Kollektivsicherheit.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Blum.

In einer aus Anlaß großer Manifestationen der Volksfront einberufenen öffentlichen Versammlung in Lyon hielt der französische Ministerpräsident Blum eine große politische Rede, deren wichtigster Punkt die Frage der deutsch-französischen Beziehungen bildete.

Ministerpräsident Leon Blum wies in seiner Rede einleitend darauf hin, daß die Volksfront feststehe. Das ermutige die Volksfront, den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen. Die Regierung werde das tun, indem sie dem Parlament Reformen, wie die Schaffung eines nationalen Arbeitslosenfonds, eine Versicherung gegen landwirtschaftliche Schäden aller Art usw. vorlegen werde. Blum betonte fortfahrend, daß er sich keineswegs die Schwierigkeiten verhehle, die noch zu überwinden seien. Die französische Wirtschaft müsse einen ganzen Komplex von Maßnahmen verdauen und verarbeiten, von dem sie fast gleichzeitig betroffen worden sei. Das Verhältnis zwischen den inneren Kurven und den Löhnen sei noch schwierigen Versuchen unterworfen. Haushalt, Schatzamt und Markt hätten noch nicht ihr normales Gesicht wiedergewonnen. Ich würde, so sagte Leon Blum, sicherlich lügen, wenn ich behauptete, daß die ausgewanderten Kapitalien bereits ins Mutterland zurückgekehrt seien, oder daß die Hortung des Goldes und der Banknoten nur noch der Vergangenheit angehöre. Eines Teils habe die wirtschaftliche Ankurbelung die finanziellen Schwierigkeiten für die Gegenwart noch vergrößert.

Die Preisbewegung müsse genau kontrolliert werden; im ganzen sei er optimistisch. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage sei bereits eine Tatsache, und man sehe in einem zweiten bald bevorstehenden Stadium die Rückwirkung auf die gesamte Finanzlage. Diese Voraussage habe zur Vorbedingung, daß die innere Ordnung andauere und immer fester werde. Vorbedingung sei natürlich auch, daß nicht zu oft Sturmzeiten den Wetterzustand Europas störten. Die Regierung habe sich nicht nur darauf beschränkt, den Kriegsgefahren vorzubeugen oder sie zu beschwören; sie habe sich bemüht, durch alle möglichen Mittel Europa zu einem Zustand der Stabilität und der Eintracht zu bringen, auf dem sich der Frieden begründen könne.

Ich gelange jetzt, so fuhr Ministerpräsident Blum fort, zu dem Teil meiner Rede, der, wie ich weiß, überall mit aufmerksamstem Interesse erwartet wird.

Nach den Pariser Zeitungen haben alle Zeitungen Europas und der Welt nach Belieben wiederholt, daß ich am 24. Januar in Lyon

die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs behandeln würde.

Ich werde sie also behandeln, da die internationale Presse so entschieden hat. Wenn ich heute schweigen würde, wäre das eine Art des Sprechens.

„Unmittelbare Aussprache mit Deutschland", was bedeutet das eigentlich? Wir haben stets unmittelbare Besprechungen mit Deutschland durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris oder des französischen Botschafters in Berlin, durch Fühlungnahme unserer Minister, wenn sie das Glück haben, einander zu treffen. Unmittelbare Verhandlungen bestehen also, aber ich fürchte, wenn man von unmittelbarer Verhandlung spricht, denkt man in Wirklichkeit an etwas anderes. Unmittelbare Verhandlung bedeutet in der Auffassung der Männer, die diesen Ausdruck am liebsten brauchen, in Wirklichkeit „Gesonderte Regelung".

Keine zweiseitigen Pakte.

Man versteht darunter, daß zwischen Deutschland und Frankreich nach einer Aussprache zu zweien ein festes Abkommen zustandekommen könnte, ohne daß andere Mächte an der Aussprache teilnehmen oder an die Lösung gebunden werden. Natürlich läuft diese Auffassung auf die von Reichskanzler Hitler befürwortete und angewandte Methode hinaus, die nach dem Abschluß von zweiseitigen Pakten abzielt, die gesondert von einem Staat mit jedem der Staaten abgeschlossen werden, die ihn umgeben oder interessieren, und die in ihrer Verhandlung wie in ihren Auswirkungen voneinander getrennt werden. Diese Methode befürwortet und wendet die Französische Regierung nicht an.

Ich glaube Wirklichkeitssinn zu beweisen, wenn ich erkläre, daß wir die französische Sicherheit nicht vom europäischen Frieden trennen wollen, und wir wollen das nicht, weil wir es nicht können. Wir sind überzeugt, daß keine für Frankreich besonders geschaffene Verpflichtung die Sicherheit Frankreichs verbürgen würde.

Das ist die Überzeugung, die durch die oft so falsch verstandene Formel vom unteilbaren Frieden zum Ausdruck gebracht wird. Wir können in Europa nicht gleichgültige Zuschauer bleiben. Wir sind Mitglieder des Völkerbundes. Wir sind seinen Grundsätzen und seinen Satzungen treu. Wir haben Freundschaften angeknüpft, an denen wir voll und ganz festhalten (Darunter gibt es auch für den Frieden gefährliche Freundschaften. D. R.). Wir haben Verpflichtungen übernommen, denen wir uneingeschränkt treu bleiben. Unser Ziel bleibt, um eine Wendung der Londoner Verlautbarung vom Juli wieder aufzunehmen,

die Gesamtregelung der europäischen Probleme.

Wir haben bewiesen, daß wir, um dazu zu gelangen, bereitwilligst den freimütigsten, uneigennützigsten, ja ich möchte beinahe sagen, den vollsten Beitrag liefern.

Aber wir suchen im Hinblick auf eine allgemeine Regelung oder inmitten einer allgemeinen Regelung die Lösung des deutsch-französischen Problems.

Ich halte die Regelung weiterhin für möglich, wenn alle europäischen Nationen einen gleich guten Willen zeigen. Aber ich bin, wie es Eden am Dienstag in seiner Rede gesagt hat, der Ansicht, daß diese Möglichkeit zur gegenwärtigen Stunde im wesentlichen von Deutschland abhängt. Ich möchte mich zu diesem Punkt mit einer uneingeschränkten Freimütigkeit äußern. Man sieht gerade in dieser Zeit, wie der Deutsche Staat seine ganze Organisationsgabe und die ganze Macht seines nationalen Willens einsetzt, um ernste Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu überwinden. In vielen Köpfen ist daher von selbst der Gedanke an eine Art Austausch, eine Art Vertrag wach geworden, durch den Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet eine Hilfe erhalten würde, die es durch eine befriedigende Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage wett machen würde.

Ich möchte mich nicht auf diesen Boden stellen.

Ich bin nicht der Ansicht, daß wir Deutschland etwas vorschlagen sollten, was einem Handel ähnelt. Wir sind uns unserer nationalen Würde zu sehr bewußt und wir sind zu sehr entschlossen, nötigenfalls deren Achtung durchzusetzen, um so selbst die Würde der anderen Nationen zu achten. Noch ferner liegt uns der falsche wie gefährliche Gedanke, daß die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands dieses eines Tages zwingen könnte, um Hilfe zu bitten und Bedingungen zu erdulden.

Ministerpräsident Göring nochmals bei Mussolini.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Rom:

Ministerpräsident Generaloberst Göring hatte am Sonnabend in Rom mit dem italienischen Regierungschef Mussolini im Beisein des Außenministers Graf Ciano eine zweistündige Unterredung, in der die Übereinstimmung über die in den vorausgegangenen Zusammenkünften erörterten Probleme festgestellt und vereinbart wurde, wegen dieser Fragen auch für die Zukunft in enger Fühlung bleiben.

*

Göring wieder in Berlin.

Am Sonntag abend trafen Ministerpräsident Generaloberst Göring und Frau mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug wieder in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich neben Staatssekretär Körner und dem Führer der Wachtstandarte „Feldherrnhalle", Brigadeführer Reimann, auch der italienische Botschafter Attolico und der italienische Luftfahrtattaché Oberstleutnant Teucci eingefunden, die den Ministerpräsidenten aufs herzlichste begrüßten.

Schließlich hüten wir uns, einen Zweifel zu hegen an dem Friedenswillen, den Reichskanzler Hitler bei feierlichen Gelegenheiten proklamiert hat. Wenn eines Tages Abkommen zustandekommen sollten, so können und dürfen sie nur in einem Geiste des Vertrauens und auf einem Fuße der Gleichheit abgeschlossen werden.

Nach dieser Einleitung ist es eine offenkundige Wahrheit, vor der niemand die Augen verschließen kann. Wie kann man sich aber beim gegenwärtigen Stand Europas, während die Entscheidung der Völker seit langen Monaten einer Herrschaft zeitweilig wiederkehrender Erschütterungen ausgesetzt ist, und während das Wettrüsten überall in beschleunigterem Tempo als vor dem Kriege fortgesetzt wird, Wirtschaftsabkommen unabhängig von der politischen Regelung denken. Welches Volk würde einwilligen, mit einem anderen Volk zusammenzuwirken, sei es durch Eröffnung von Krediten, sei es durch Besserung seiner Rohstoffversorgung, sei es durch Erleichterungen für die Siedlung und Kolonisierung, wenn es auch in geringstem Maße Bedenken haben müßte, daß die geleistete Hilfe Gefahr läuft, sich eines Tages gegen es zu richten, daß die Kredite, die Rohstoffe, die auswärtigen Niederlassungen noch eine militärische Stärke und eine militärische Möglichkeit (potentiell) steigern würden, deren Opfer es selbst oder seine Freunde sein würden?

Blum glaubt an die Abrüstung?

Es besteht also eine notwendige Verbindung, ein unvermeidlicher Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einerseits, der friedlichen Organisierung und dem Aufhalten des Wettrüstens auf der anderen Seite. Um gemeinsam zu arbeiten, muß man in Frieden arbeiten können. Dieser Zusammenhang ist ebenso offenkundig, wenn man das Problem umkehrt.

Ich habe die innere Überzeugung, daß gerade die übertriebenen Rüstungen Europa zwingen werden, die Frage der Abrüstung einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Ein Abkommen über die Begrenzung und allmähliche Beschränkung der Rüstungen muß notwendigerweise wichtiger Bestandteil einer allgemeinen Regelung der europäischen Probleme sein. Aber die Kriegsmaterialherstellung nimmt heutzutage einen solchen Platz in der Erzeugung der industriellen Völker ein, daß es wahrscheinlich unmöglich wäre, einfach ihren Stillstand anzuordnen, ohne sich der Gefahr schwerer innerer Krisen auszusetzen.

Vielleicht ist es nicht mehr möglich, ein internationales politisches Abrüstungsabkommen ins Auge zu fassen, das nicht ein internationales Wirtschaftsabkommen zum Gegenstand hätte, das Ersatzabsatzmöglichkeiten für die Unternehmen und für die Arbeitskräfte bereitstellt. So würden ganz natürlich die Fragen der Ausrüstung und großer Arbeiten in Europa, in den Kolonien und in der Welt auf den Plan treten, d. h die Fragen der materiellen und technischen Zusammenarbeit, die Kreditfragen, die finanzielle Zusammenarbeit Ich komme hier auf gewisse Anregungen des Plans, den zu Beginn der Krise das Internationale Arbeitsamt im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsverbänden aufgestellt hatte, und ich komme damit auch auf die Gedanken, die meine Freunde und ich nach dem Krieg für die Lösung des Reparationsproblems angeregt hatten.

Edens Gedankengänge.

Enge Verbindung des deutsch-französischen Problems mit dem gesamteuropäischen Problem, notwendiger Zusammenhang der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der poltischen Regelung und der Organisierung des Friedens, das sind meine Schlußfolgerungen. Ich weiß, daß sie banal sind. Aber ich hate Sie vor der Enttäuschung gewarnt. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß die Französische Regierung heute ebenso bereit ist wie sie morgen bereit sein wird, durch Handlungen ihren heißen Willen zu bekunden, Europa und der Welt die wahre Sicherheit wiederzugeben, d. h. das innere tiefe Gefühl, daß die Welt wieder friedlich geworden ist, daß keine Befürchtung mehr auf ihr lastet, daß sie die Ruhe ihrer Arbeit und ihres Schlafes wieder gefunden hat. Eden hat in der Rede, auf die ich mehrmals zurückgegriffen habe, und mit der ich gedanklich und gefühlsmäßig einverstanden bin, gesagt, „wir können die Welt nicht durch Pakte und Verträge heilen, auch nicht durch noch so schöne und vom Friedensgeist durchdrungene Reden; was nötig ist, das ist der Wille, der unbestreitbare Wille zur Zusammenarbeit". Dieser Wille ist in Frankreich vorhanden. Er ist so offenkundig und hat sich so offen gezeigt, daß ihn wohl niemand in der Welt anzuzweifeln denkt. Aber wie wir es wünschen und hoffen, daß auch Deutschland seinen Willen der Zusammenarbeit bekundet, sind wir bereit, mit ihm wie mit allen anderen Völkern ohne irgend einen Hintergedanken und ohne irgend eine Hemmung zu arbeiten.

In der gemeinsamen Anstrengung werden wir uns von niemandem übertreffen lassen, und wir können uns nichts Glücklicheres für Europa vorstellen als den edlen Wetteifer zum Frieden, der damit anheben würde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das, wofür uns das Land vielleicht heute am meisten Dank weiß, unsere hartnäckige und unerschütterliche Anstrengung ist, **den unteilbaren Frieden zu wahren.** Wir werden nicht vergessen, daß in der Formel der Volksfrontzusammenfassung der Friede der Ausdruck ist, der die beiden anderen Begriffe beherrscht, da ein Volk ohne Frieden auch kein Brot hat, und da es, wenn es den Frieden verliert, stets Gefahr läuft, seine Freiheit zu verlieren.

Eine halbamtliche deutsche Stellungnahme.

Zur Rede Blums schreibt der Deutsche Dienst folgendes:

Der französische Ministerpräsident Léon Blum hat in Lyon eine Rede gehalten, der die Pariser Presse die Bedeutung eines europäischen Ereignisses vorausgesagt hatte. Blum bekannte, daß er durch diese Voraussage überrascht worden sei, aber dennoch bereit sei, über das deutsch-französische Verhältnis zu sprechen. Die Worte, die er an Deutschland richtete, waren nach jeder Richtung hin vorbildlich, und es war nichts in seinen Ausführungen, was Deutschland hätte kränken und die gute Absicht seiner Führung in Zweifel ziehen können.

Er erklärte, daß er an dem von Adolf Hitler mehrfach feierlich proklamierten Friedenswillen nicht zweifele, und mit Befriedigung kann man auch feststellen, daß er nicht vorschlagen wolle, was einem Handel ähnlich sehe, obwohl die Idee entstanden sei, daß eine Hilfe für Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet nur dann in Frage komme, wenn es sich zu einer befriedigenden Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage bereitfindet. **Es sei auch nicht sein Wunsch, eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu einem politischen Zwange auszunutzen und Deutschland zu nötigen, um Hilfe zu bitten und sich politischen Bedingungen zu unterwerfen.** Wenn Herr Blum jedoch versichert, er sei immer bereit gewesen, die aufrichtigste und freieste Anstrengung zu machen, um voller Freimütigkeit die allgemeinen Probleme anzuschneiden, die das politische Leben zweier großer Staaten aufwirft, so vermögen wir ihm darin nicht zuzustimmen.

Er verwirft die Methode der zweiseitigen Pakte und sucht die französische Sicherheit wiederum im Rahmen des kollektiven Friedens, indem er sich auf die Grundsätze des Völkerbundes beruft. Gleichzeitig versichert er, daß Frankreich seinen Freunden treu bleiben wolle.

Aber die Erfahrungen Deutschlands können die Forderungen nach dem unteilbaren Frieden nicht für die einzig wirksame Methode anerkennen. Gerade die Freunde und Verbündeten Frankreichs sind es gewesen, die den internationalen Kollektivismus mißbraucht haben, die sich von Frankreich Rüstungsanleihen geben ließen und durch ihre Haltung gegenüber Deutschland erkennen ließen, daß sie es nicht für nötig hielten, sich mit uns zu vertragen.

Der französische Ministerpräsident hat einen Erfolg vorausgesagt, wenn alle gleich guten Willens seien, aber die Eindrücke der letzten 18 Jahre sind in Deutschland noch zu stark, als daß es das Vertrauen in diesen guten Willen bei allen anderen aufbringen könnte. **Nichts hat Deutschland bisher auf dem Wege von Verhandlungen erreichen können, am wenigsten auf allgemeinen Kongressen. Und wenn es auf dem Wege zur Freiheit und Gleichberechtigung vorangekommen ist, dann nur deshalb, weil es sich den Weg selbst geöffnet und sich nicht mehr auf den guten Willen der anderen verlassen hat. Auch müssen wir bestreiten, daß unsere Methode der zweiseitigen Abmachung es an Wirklichkeitssinn hat fehlen lassen.** Keiner unserer Partner, die sich auf diesem Wege mit uns verständigt haben, hat sich bisher übervorteilt gefühlt, und niemand konnte sich durch die zweiseitigen Abkommen Deutschlands in den letzten Jahren beeinträchtigt oder bedroht fühlen.

Im Gegensatz dazu stehen die zweiseitigen Verträge, die Frankreich trotz der durch den Mund seines Ministerpräsidenten verkündeten Grundsätze geschlossen hat.

Deutschland hat durch sein Abkommen mit Polen und Österreich, durch das Flottenabkommen mit England und durch seine direkte Aussprache mit Italien viele Gefahrenpunkte aus der Welt geschafft. Der französisch-sowjetrussische Pakt aber wird bis zum heutigen Tage nicht nur von Deutschland als eine große Gefahr für Europa angesehen.

Auch Herr Blum sollte deshalb die guten Ergebnisse unserer Methode nicht verkennen und er sollte unsere Uneigennützigkeit dabei ebenso wenig in Zweifel ziehen, wie diejenige Englands oder Italiens und der anderen Staaten, mit denen eine Verständigung möglich war.

Oder wünscht Herr Blum, daß gerade die französische Sicherheit enie Sonderbehandlung erfahren soll? Oder soll das starre Festhalten an der alten Methode wieder dazu fühenr, daß Deutschland in die Zwangslage zurückversetzt wird, deren Aufrechterhaltung das System des Völkerbundes und des Kollektivismus war. Leon Blum will nicht, daß mit der Frage der politischen Verständigung ein Handelsgeschäft gemacht werde und dennoch glaubt er, daß es heute nicht mehr möglich sei, gewisse politische Fragen von den wirtschaftlichen zu trennen.

Der Wille zur Zusammenarbeit ist auf deutscher Seite uneingeschränkt vorhanden. Wenn der französische Ministerpräsident erklärt, daß auch er bereit sei, ohne Hintergedanken und ohne Hemmung in eine Aussprache mit Deutschland einzutreten, so mag das als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft gedeutet werden; das Zurückgreifen auf die Vergangenheit aber wird immer wieder zu einer Politik im Kreise führen müssen.

Wohin die „Volks"-Front-Reise geht.

Thorez fordert offen Räterepublik und Befreiung der Kolonialvölker!

Das Deutsche Nachrichtenbureau meldet aus Paris:

Für alle „Volks"frontkreise, die die Gefahren einer politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu übersehen geneigt sind, war am Freitag eine Rede des Abgeordneten Thorez auf der Landestagung der französischen Kommunisten in Montreuil eine eindringliche Belehrung.

Bei der Behandlung innenpolitischer Fragen sagte Thorez seinen Zuhörern offen und zynisch ins Gesicht, daß er der Entwicklung vertraue, die mit der Einführung eines Sowjetregimes in Frankreich enden werde und wiederholte, um jedes Mißverständnis auszuschließen:

„Unser Endziel ist eben die Gründung der französischen Räterepublik!

Neben diesem offenen Eingeständnis der innenpolitischen Absichten der Kommunisten, waren die Ausführungen des Redners auch in kolonialpolitischer Hinsicht interessant. Thorez betonte nicht minder offen, daß die Politik der Kommunistischen Partei nach der völligen Befreiung der Kolonialvölker strebe. Hinsichtlich Spaniens seien die Kommunisten natürlich zu den größten Anstrengungen entschlossen.

Nach dieser ungeschminkten Darlegung der kommunistischen Ziele mutete es seltsam an, daß die Tagung, offenbar zur Beruhigung anderer „Volks"frontparteien nicht nur mit dem Gesang der Internationale, sondern auch der Marseillaise geschlossen wurde.

Freundschaft Belgrad — Sofia.

Am Sonntag, dem 24. d. M., wurde in Belgrad ein Vertrag zwischen den Königreichen Jugoslawien und Bulgarien unterzeichnet, der in einem einzigen Artikel nur das Bekenntnis zur „ewigen" Freundschaft enthält.

Der Vatikan flaggt halbmast.

Zur Erinnerung an den 15. Todestag des vorletzten Papstes Benedikt XV. hatten, wie aus Rom gemeldet wird, die vatikanischen Amtsgebäude am Freitag die Fahnen halbmast gesetzt. Am frühen Morgen verbreitete sich deshalb das Gerücht vom Ableben Pius XI. Glücklicherweise klärte sich der wahre Sachverhalt bald auf.

Wie die „Agencja Stefani" meldet, ist in dem Befinden des Papstes am Freitag eine gewisse Besserung eingetreten. Der Papst wohnte der Heiligen Messe bei, die aus Anlaß des 15. Todestages Benedikts XV. in der Sixtinischen Kapelle gelesen wurde.

Aufgehobenes Verbot.

Im Zusammenhange mit der Erregung, welche die Entziehung der Öffentlichkeitsrechte des deutschen Schiller-Gymnasiums in Posen und des deutschen Goethe-Gymnasiums in Graudenz hervorgerufen hat, hatte, wie wir seinerzeit nach der „Gazeta Olsztyńska" berichteten, der Polizeipräsident des oberschlesischen Industriebezirks in Gleiwitz eine Betätigung der Schüler und Lehrer des polnischen Privatgymnasiums in Beuthen außerhalb des eigentlichen Schulbetriebes verboten. Wie die „Nowiny Codzienny" nunmehr mitteilen, ist dieses Verbot jetzt aufgehoben worden.

*

Der Herzog von Gloucester engster Mitarbeiter Georgs VI.

Wie verlautet, wird der Herzog von Gloucester seine militärische Laufbahn aufgeben, um in Zukunft König Georg VI. bei seiner Arbeit zu unterstützen. Der Herzog von Gloucester ist der drittälteste Sohn des verstorbenen Königs Georg und bekleidet zurzeit den Rang eines Generalmajors der Armee.

Ueber 80 000 Obdachlose

im amerikanischen Ueberschwemmungsgebiet.

Die verheerenden Überschwemmungen in den 10 Staaten des Mittelwestens haben die Ausmaße der größten Flutkatastrophe seit 20 Jahren angenommen. Der Ohio erreichte bei Cincinnati am Freitag einen Hochwasserstand von 21 Metern. Die Zahl der Obdachlosen beträgt bisher etwa 81 000, davon allein 40 000 im Cincinnati-Gebiet. Den Sachschaden schätzt man auf mehrere Millionen Dollar.

Zahlreiche größere Städte im Staate Ohio wie Portsmouth, Marietta, Pomroy, sind teilweise bis zu 2½ Meter vom Wasser überblutet. In der 330 000 Einwohner zählenden Stadt Louisville sowie in anderen Städten Centuckys, darunter in der Hauptstadt Frankfort, mußten bisher etwa 3000 Familien ihre Wohnungen räumen. Viele Ortschaften in Centucky sind durch die Fluten von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Der gesamte Eisenbahn- und Autobusverkehr ist lahmgelegt. Nach den bisherigen Feststellungen sind wenigstens 15 Todesopfer zu beklagen. Die Wassermassen haben auch das Staatsgefängnis in Centucky erreicht; 2900 Gefangene bedienen die Wasserpumpen, auch große Gebiete des Mississippi sind von der Flutkatastrophe betroffen.

Kleine Rundschau.

Deutsche Mannschaft rettet zehn polnische Fischer.

Wie die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Bremen, mitteilt, hat der Führer und Reichskanzler der Rettungsmannschaft der Station Prerow (Ostsee) seinen Dank und seine Anerkennung für die Bergung von zehn polnischen Fischern durch ein Telegramm aussprechen lassen. Die Gesellschaft erhielt ferner von der Obersten SA-Führung, München, ein Telegramm.

*

Treibeis blockiert Rügen.

Die Eisverhältnisse um Rügen haben sich bedeutend verschlechtert, da die Insel Rügen in der letzten Nacht vollkommen vom Treibeis blockiert wurde. Von Stralsund kamen deshalb die Regierungsdampfer „Kieseritzky" und „Arkona" nach Saßnitz, die während der Eiszeit hier bleiben, um in Eisgefahr Hilfe zu leisten. Die „Arkona" lief mit Proviant und Post zur Greifswalder Oie. Die Lotseninsel Ruden wird von Cröslin betreut. Im Treibeis vor Saßnitz festgeraten ist in der letzten Nacht der Hamburger Segler „Alida", der von Grönsund nach Stettin unterwegs war. Regierungsdampfer „Kieseritzky" schleppte ihn dann in den Hafen.

*

Kältewelle über Transjordanien. — Über 100 Tote.

Aus Amman wird gemeldet, daß die Kältewelle, die augenblicklich über ganz Transjordanien herrscht, zahlreiche Opfer gefordert habe. Bisher seien gegen 100 Menschen erfroren.

*

Finnischer Dampfer mit 26 Mann gescheitert.

Der furchtbare Sturm an der West- und Südküste Norwegens hat ein weiteres Opfer gefordert: Der finnische Dampfer „Savonmaa" ist auf der Höhe von Landoe in der Nähe von Mandal gekentert. Die 26 Mann starke Besatzung hat den Seemannstod gefunden.

*

Explosion in einem englischen Bergwerk. — Sieben Tote.

In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Chesterfield ereignete sich Donnerstag nachmittag eine Explosion. Sieben Arbeiter wurden getötet und eine Anzahl wurde verletzt. Es handelt sich anscheinend um eine Kohlenstaubexplosion.

*

Atlantik-Luftverkehr der Zukunft.

Vor der „Amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" hielten dieser Tage zwei Ingenieure, die in den Staaten einen guten Namen haben, Sikorsky und T. P. Wright, einen Vortrag über den zukünftigen Flugverkehr Europa—USA. Sie gaben dabei der Überzeugung Ausdruck, daß es spätestens im Laufe der nächsten zehn Jahre möglich sein würde, Wasserflugzeuge von 40 bis 50 Tonnen Gewicht zu bauen, die eine Reisegeschwindigkeit von 500 Stundenkilometern entwickeln können. Mit diesen Luftriesen würde man dann imstande sein, die Strecke Newyork—London in 18 Stunden zurückzulegen. Man würde z. B. in Newyork in der Abenddämmerung aufsteigen und in der Morgendämmerung in Europa eintreffen, was der Uhrzeit nach eine weitere Zeitersparnis um 6 Stunden erlaube, da die Flugzeuge bei einem Flug von dem Westen nach dem Osten über den Atlantischen Ozean infolge der Zeitdifferenz zwischen Europa und Amerika um 6 Stunden schneller als die Uhrzeit fliegen. Auch nach Ansicht dieser Amerikaner werden die Flugzeuge der Zukunft die Höhe von 10 000 Metern bevorzugen in der es keine heftigen Luftströmungen gibt.

Gegen die Verjudung des polnischen Rundfunks.

In Westpolen beginnt **eine Welle von Protestversammlungen gegen die Verjudung des polnischen Rundfunks.** Die Protestaktion hat besonders stark in den Kleinstädten eingesetzt. Es werden Flugblätter verteilt, in denen die polnische Öffentlichkeit über die Zahl der Juden im polnischen Rundfunk unterrichtet wird und in denen zur Teilnahme an Protestversammlungen aufgerufen wird. So hat u. a. in diesen Tagen auch in Exin eine Protestversammlung gegen die Verjudung des polnischen Rundfunks stattgefunden. In einem vom örtlichen Protestkomitee veröffentlichten Flugblatt heißt es u. a.:

„Die Einflüsse der roten jüdischen Kommune lasten auf unserem wirtschaftspolitischen Leben und machen uns Polen vollständig abhängig vom jüdischen Kapital. Nicht genug damit streben die Juden, in Erkenntnis der Tatsache, daß das größte Hindernis für die Festigkeit ihres Einflusses die überlieferte polnische Kultur ist, danach mit allen Mitteln internationale jüdische Eigenschaften in unsere polnische Kultur hineinzutragen. . . . In der Gegenwart hat der Rundfunk den größten Einfluß auf die Volksseele, aus diesem Grunde erstrebt das Judentum in Polen die Monopolisierung des polnischen Rundfunks. **Die Rundfunkberichterstatter über religiöse Feierlichkeiten, über nationale Feste, die politischen Nachrichtenreporter und Sportreporter sind zum größten Teil Juden. Man kann sich denken, in welcher Art die Meldungen dieser Presseberichterstatter über den Bürgerkrieg in Spanien sind.**"

Das Flugblatt hebt schließlich hervor, daß der polnische Rundfunk besonders in Warschau und Lodz zu 80 Prozent verjudet ist, und fordert die Bevölkerung zu einer Protestversammlung auf. An dieser Versammlung nahmen in Exin mehrere hundert Personen teil. Es wurde eine scharfe Resolution gefaßt, die den zuständigen Stellen im Staate und auch der Direktion des polnischen Rundfunks in Warschau übermittelt worden ist.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 25. Januar.

Unverändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet heiteres, trockenes Frostwetter an.

Immer neue Schwindlertricks.

Einen neuen Trick hat sich ein Schwindler ausgedacht, mit dem er Geschäftsleute zu schädigen versucht. So erschien in einem Fleischergeschäft in der Mittelstraße (Sienkiewicza) ein junger Mann, der die Geschäftsinhaberin bat, ihm 5 Zloty zu wechseln. Als sie die Bitte erfüllte und dem Unbekannten das Kleingeld auf den Ladentisch legte, machte er sie darauf aufmerksam, daß er gewisse Zweifel an der Echtheit des Fünfzlotystückes habe. Während nun die Frau die Münze aufmerksam betrachtete und sich überzeugte, daß sie echt war, ließ er unbemerkt von dem Kleingeld ein Zweizlotystück verschwinden und legte dafür ein 20-Groschenstück hin. Darauf erklärte er, daß sie ihm 2 Zloty zu wenig herausgegeben habe. Die Inhaberin hätte sich vielleicht von dem Schwindler verblüffen lassen, wenn sie nicht kurz vorher eine Prüfung ihrer Ladenkasse vorgenommen und genau gewußt hätte, daß sie unter dem Kleingeld nur zwei Zweizlotystücke gehabt hätte. So aber hielt sie die 5 Zloty zurück und drohte, die Sache von der Polizei untersuchen zu lassen. Als der Schwindler, der sogar zum Beweise, daß er zwei Zloty zu wenig erhalten habe, seine Taschen umdrehte, sah, daß sich die Geschäftsfrau auch durch seine Frechheit nicht erschüttern ließ, gab er schließlich kleinlaut zu, sich geirrt zu haben. Es ist sicher, daß der Schwindler diesen Trick auch in anderen Geschäften versuchen wird, weshalb vor ihm gewarnt sei.

§ **Die nächste Stadtverordnetensitzung** findet am Donnerstag, dem 28. Januar, um 18,30 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Die Wahl der Mitglieder für das Komitee zum Ausbau der Stadt im Jahre 1937 und die Ausschreibung des Postens eines zweiten Vizestadtpräsidenten mit höherer technischer Ausbildung.

§ **Eine gestohlene staatliche Nationalanleihe zu verkaufen** versucht hatte die 23jährige hier wohnhafte Ehefrau Stefania Biskupska. Sie erschien in einer hiesigen Bank und bot ein Anleihestück im Nominalwert von 100 Zloty zum Kauf an. Als Besitzer figurierte auf der Anleihe der Name Stefania Świątkowska. Bei einer Prüfung der Nummer wurde festgestellt, daß die Anleihe einem Kaufmann aus Karthaus gestohlen worden war. Über die Herkunft der Anleihe befragt, gab die Frau an, daß sie diese von einer Frau Apolinaria Krzyżanowska erhalten habe. Die Angelegenheit wurde der Polizei zur weiteren Untersuchung übergeben, die dann auch feststellte, daß der Name des früheren Besitzers auf der Anleihe auf chemischem Wege entfernt und dafür der Name Świątkowska eingetragen worden war. Die B., die mit ihrem Mädchennamen Świątkowska heißt, hatte sich jetzt wegen Betruges und Dokumentenfälschung vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Sie bekennt sich nicht zur Schuld. Als Inhaberin einer Kolonialwarengeschäfts habe sie von der oben genannten Krzyżanowska die Anleihe für verkaufte Kolonialwaren in Zahlung erhalten. Aus der Zeugenvernehmung geht hervor, daß der Mann der Angeklagten an dem Diebstahl bei dem Kaufmann in Karthaus stark verdächtigt war. Die B. wurde nach Schluß der Beweisaufnahme zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **Die Ladendiebin mit dem Blumenkorb.** Auf raffinierte Weise hatte die 44jährige Marja Woźniak Diebstähle ausgeführt. Sie erschien gewöhnlich in den Geschäften mit einem Korb mit Blumen, ließ sich dann Waren vorlegen, wählte sehr lange, kaufte aber gewöhnlich eine Kleinigkeit oder garnichts, verstand es jedoch dabei stets ein Stück Ware oder einen Gegenstand von größerem Wert in ihrem Korb unter den Blumen zu verstecken. Auf diese Weise hatte sie mehrere Geschäfte geschädigt. In einem Falle gelang es ihr für über 70 Zloty Kleiderstoff zu entwenden. Die Spitzbübin, die mehrfach vorbestraft ist, konnte schließlich von einem Kriminalbeamten auf dem Wochenmarkt auf frischer Tat ertappt werden. Das Gericht, vor dem sie sich jetzt wegen ihrer Diebereien zu verantworten **hatte, verurteilte sie zu sieben Monaten Gefängnis.**

§ **Eine dringende Bitte** wird hiermit an die Stadtverwaltung gerichtet: Schon früher ist auf den schlechten Zustand des Pflasters am Beginn der fr. Wilhelmstraße (Jagiellońska) hingewiesen worden. Das Straßenpflaster ist zwischen der Klarissenkirche und dem Manufakturwarengeschäft von Jankowski derart ungleichmäßig, daß die Straßenbahnschienen hoch heraussstehen. Infolgedessen stolpern und fallen immer wieder Passanten über die Schienen. Es wäre doch sicherlich ohne Aufwand großer Kosten möglich, hier für Abhilfe zu sorgen. Am vergangenen Sonnabend ging über diese Straße an der genannten Stelle eine Frau, die einen Korb mit Flaschen trug. Bei dem Sturz zerschlugen die Flaschen und die bedauernswerte Frau erlitt verschiedene Schnittwunden. Die Verkehrsschutzleute, die in der Nähe der Klarissenkirche Dienst tun, bestätigen uns,, daß tatsächlich fast täglich derartige Unfälle sich dort ereignen. Auch die Granitplatten neben der Klarissenkirche sind im Laufe der Zeit aus ihrer gleichmäßigen Lage gekommen und weisen verschiedene Höhen auf, so daß auch dort mehrfach Personen zu Fall gekommen sind. Hoffentlich wird auch hier möglichst bald für eine Abänderung gesorgt.

§ **Durch kindlichen Leichtsinn** erlitt der 12jährige Schüler Czesław Witkowski, Bergkolonie (Choloniewskiego) 28 einen Unfall. Als Arbeiter des Wasserwerks mit der Reinigung eines Gullis beschäftigt waren, spielte der Junge an der Welle eines Zahnrades und geriet plötzlich mit der Hand in das Getriebe. Man brachte den Knaben unverzüglich in das Städtische Krankenhaus, wo zwei Finger amputiert werden mußten.

§ **Auf der Straße halb erfroren aufgefunden** wurde der 21jährige Arbeitslose Stanisław Silny, der aus Warschau hierher gekommen war, um Arbeit zu suchen. Obdachlos und ausgehungert, wankte er durch die Straßen und brach schließlich zusammen. Vorübergehende nahmen sich seiner an und schafften ihn in das Städtische Krankenhaus.

§ **Was alles gestohlen wird.** In dem Sägewerk der Firma „Lasmet" in der Fordonerstraße wurden in der Nacht zum Sonnabend eine hohe Holztreppe und zwei Türen gestohlen. — Von einem Hause in der Mautzstraße (Adama Czartoryskiego) wurden von drei Türen die Messingklinken abgeschraubt und entwendet. In diesem Falle wurden die Täter überrascht und vertrieben.

§ **Wegen tätlicher Beamtenbeleidigung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 23jährige Schlosser, Bernard Bzdawski, von hier zu verantworten. Am 19. Oktober v. J. fand in einem Restaurant in der Schickstraße (Wrocławska) ein Vergnügen statt, auf dem der Angeklagte infolge reichhaltigen Alkoholgenusses mit den übrigen Teilnehmern Streit anfing. Als der Oberpolizist Ludwig Kowalski ihn aus dem Saale entfernen wollte, erhielt er von ihm einen Faustschlag ins Gesicht. B. wurde zu sechs Monaten Gefängnis mit fünfjährigem Strafaufschub verurteilt.

> Der Irrtum ist viel leichter zu erkennen, als die Wahrheit zu finden. Jener liegt auf der Oberfläche, damit läßt sich wohl fertig werden. Diese ruht in der Tiefe, danach zu forschen ist nicht jedermanns Sache.
>
> Goethe.

Die Frage der Wahl des Posener Stadtpräsidenten

stand bekanntlich auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordneten-Versammlung, über deren Ausgang wir bereits kurz berichteten. Unser Posener Berichterstatter meldet über den Verlauf der Sitzung:

Die für Freitag abend angesetzte Wahl des Stadtpräsidenten ist infolge Beschlußunfähigkeit der Versammlung nicht zustande gekommen. Der Vorsitzende des Nationaldemokratischen Klubs Dr. Stark erklärte zu Beginn der Wahlhandlung, daß, da die gesetzliche Frist für die Vornahme der Wahl verstrichen sei, diese jetzt nicht mehr durchgeführt werden könne. Im übrigen sei sein Klub der Überzeugung, daß ein Kandidat der Nationaldemokraten, der zweifellos gewählt werden würde, von der Aufsichtsbehörde doch nicht die Bestätigung erhalte. Aus diesen Gründen würden sich die Nationaldemokraten an der Wahl nicht beteiligen. Der bevollmächtigte Vertreter der Wojewodschaft Dr. Trzciński erklärte, daß der Wojewode sich wie auch früher zu jeder Kandidatur positiv einstellen würde. Da der Klub seine Kandidatur streng geheim gehalten habe, sei der Wojewode nicht in der Lage gewesen, diese zu prüfen. Inzwischen hatte die Mehrzahl der Nationaldemokraten die Sitzung verlassen. Der Sprecher der Sanierungspartei Dr. Machowski erklärte, eine Einigung über eine Mehrheitskandidatur sei zwar nicht erfolgt. Gleichwohl sei die Sanierungspartei entschlossen gewesen, gegen den Kandidaten der Nationaldemokraten keine Einwendungen zu erheben. Da inzwischen auch die letzten Nationaldemokraten den Saal verlassen hatten, erklärte der kommissarische Stadtpräsident Więckowski die Versammlung für nicht mehr beschlußfähig und schloß die Sitzung.

Mord bei Peisern.

In der unweit des Städtchens Peisern (Pyzdry) gelegenen Ortschaft Baraniec wurde in einer Privatwohnung ein Karnevalsvergnügen veranstaltet, auf dem sich auch ein J. Wiśniewski aus Walgi und der Fleischerlehrling Stefan Bisiorek aus Peisern einstellten. Als beide morgens um 4 Uhr den Tanzboden verließen, hieb B. plötzlich mit einem Eisenstab auf W. ein, der bewußtlos zu Boden stürzte. Dann schleppte B. sein Opfer auf das Feld, wo er weiter auf W. einschlug und später die Flucht ergriff. Nach einigen Stunden wurde der Überfallene von vorübergehenden Personen gefunden und zu einem Arzt gebracht, wo er aber infolge der schweren Körperverletzungen starb. Eine gerichts-ärztliche Kommission stellte einen dreimaligen Schädelbruch fest. Der ins Kalischer Gefängnis transportierte Mörder bekannte sich zur Tat, jedoch konnte die Ursache zum Mord noch nicht festgestellt werden.

□ **Crone** (Koronowo), 23. Januar. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 1,00—1,20, Eier brachten 1,40—1,50, Mastschweine 40—45 Zloty der Zentner, Absatz**ferkel 15—24 Zloty das Paar.**

y **Eichdorf** (Kobylarnia), 23. Januar. Beim Besitzer Leo Renz aus Eichdorf versuchten Diebe in den Schweinestall einzudringen, wurden aber verjagt.

ss **Gnesen** (Gniezno), 24. Januar. Die im beschleunigten Tempo durchgeführten Untersuchungen der Arbeitslosenkrawalle sind nunmehr beendet worden, und gestern hat die Staatsanwaltschaft den 50 Angeklagten, die teils im hiesigen und teils im Posener Gefängnis untergebracht sind, den Anklageakt zugestellt. Die Gerichtsverhandlung wird am 15. Februar stattfinden.

Auf der vom Stadtkomitee für die Winterhilfe der Arbeitslosen abgehaltenen Sitzung berichtete Stadtpräsident Maćkowiak daß in der Zeit vom 1. November bis 20. Januar an die Arbeitslosen 44 152,38 Zloty Bargeld verausgabt und 1500 Zentner Kohlen verabfolgt wurden. Ferner wurden 29 000 Zloty für die Beschäftigung von Arbeitslosen in den Monaten November, Dezember und Januar ausgesetzt. Vom Wojewodschaftsamt sind jetzt 3900 Zentner Kohlen und 2000 Zloty für den Ankauf von Kartoffeln angewiesen worden.

z **Inowrocław,** 24. Januar. Die Mahnung, kein Fahrrad unbeaufsichtigt stehen zu lassen, hatte Frau Zofja Stawinska aus Złotniki Kuj. nicht beachtet und mußte es mit dem Verlust des Rades büßen. Dem Boten Mikołajczak wurde ebenfalls sein Fahrad gestohlen; es gelang in diesem Falle der Polizei den Dieb zu ermitteln.

Einen Unfall erlitt der in der Glasfabrik beschäftigte Karl Menzel. Als er mit dem Auflegen eines Treibriemens beschäftigt war, rutschte er plötzlich herunter und brach sich den linken Fuß. Im Krankenhause mußte er sich einer Operation unterziehen.

Auf der Eisenbahn wurde eine Frau Tucholewicz aus Mątwy festgenommen, die mit der Freifahrtkarte einer ihr bekannten Eisenbahnerfrau eine Eisenbahnfahrt nach hier unternommen hatte.

e **Moritzfelde** (Marucin), 24. Januar. Diebe versuchten beim Besitzer G. Seehafer in den Schweinestall einzubrechen, wurden aber vertrieben. — Beim Obergärtner Franz Hinz verschafften sich dieselben Diebe Eingang in den Schweinestall und stahlen ein Schwein sowie sieben Hühner.

& **Posen,** 24. Januar. Vom hiesigen Bezirksgericht wurde am Freitag ein Jan Wnek wegen Mordes an der unverehelichten Klara Sperling aus dem Kreise Neutomischel zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der wegen Mittäterschaft angeklagte Franciszek Kubiak wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

(O) **Pudewitz** (Pobiedziska), 23. Januar. Feuer vernichtete das Haus des Schlossermeisters Siewert. Die Feuerwehr konnte das Umsichgreifen des Brandes auf die anderen Gebäude verhindern. Die Entstehungsursache konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

ss **Wreschen** (Września), 24. Januar. In Babin wurde bei der Anna Ziółkowska, Besitzerin einer 50 Morgen großen Landwirtschaft, eine geheime Spiritusbrennerei entdeckt. Die Z. hatte des öfteren ihre Tochter Stanisława auf die Wochenmärkte geschickt, wo diese die selbst hergestellte „monopolówka" verkaufte. Die nur mit Papierpfropfen verschlossenen Flaschen lenkten bald die Aufmerksamkeit der Polizei in Słupca auf sich. Als das Mädchen von einem Wochenmarkt heimging, folgten ihr zwei Polizisten und zwei Akzisenbeamten, die eine Haussuchung durchführten, die ein überraschendes Ergebnis zur Folge hatte. In der Küche wurden ein neuzeitlicher Apparat zum Spiritusbrennen und 15 Liter reiner Spiritus sowie im Viehstall drei kleine Fässer gefunden. Die Frau wurde verhaftet.

ss **Znin,** 21. Januar. Der obdachlose Antoni Kuźniak, der sich im hiesigen Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befand, verschluckte einen zerbrochenen Löffel, worauf er ins Krankenhaus eingeliefert wurde, wo ihn die Polizei bewacht.

Sport-Rundschau

Deutsche Erfolge

bei der Wintersportwoche in Garmisch-Partenkirchen.

Bei den Ski-Wettbewerben der Wintersportwoche gab es am Sonntag schöne deutsche Erfolge. Roman Wörndle-Partenkirchen gewann den Abfahrtslauf in 4:16,2 vor H. Lantschner-Freiburg, Willi Walch-Österreich und Rudi Cranz. Im Torlauf sicherte sich Walch mit 120,0 Sekunden den ersten Platz vor Wörndle, Seelos-Österreich und Hans Pfnür-Berchtesgaden. Bester im Kombinationslauf wurde überlegen Wörndle vor Walch, Cranz, Seelos und Pfnür und erhielt den Ehrenpreis des Staatsministers Wagner. Noch sicherer siegte Christel Cranz bei den Frauen. Sie wurde als Kombinationsbeste vor Käte Grasegger-Partenkirchen mit dem Ehrenpreis des Staatsministers Esser ausgezeichnet.

Das Eishockey-Turnier brachte zwei schöne Erfolge des deutschen Meisters Berliner SC, der Göta-Stockholm 2:0 und den Budapester EV 3:0 schlug. Der bayerische Meister bezog von Budapest eine überraschende 3:1 Niederlage.

Der Winterpokal des Staatspräsidenten.

In Zakopane fand ein Rennen um den sogenannten Winter-Pokal des Staatspäsidenten statt. Es mußten 16 Hindernisse in Höhe von 1,40 Metern bei einer Breite von 4 Metern mit einer Mindestgeschwindigkeit von 440 Metern genommen werden. Den Wettbewerb gewann zum zweiten Mal Hauptmann Dąbski-Nehrlich, der nur sechs Stafpunkte zu verzeichnen hatte. Zweiter wurde Leutnant Piechocki mit 8 und dritter Leutnant Gerlecki mit 9¾ Strafpunkten.

Die Bromberger Eislaufmeisterschaft

der Herren über 500 und 1500 Meter gewann Laszkiewicz (Leo) in der Zeit von 1:00 und 3:22. In der Strecke über 5000 Meter gewann Slabęski in der Zeit von 12:22.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. Januar 1936.

Krakau — 2,08 (— 1,99), Zawichost + 1,90 (+ 1,86), Warschau + 1,17 (+ 0,91), Płock + 1,17 (+ 1,17), Thorn + 1,15 (+ 0,87), Fordon + 1,18 (+ 1,07), Culm + 1,02 (+ 0,95), Graudenz + 0,18 (— 0,05), Kurzebrak + 0,74 (— 0,16), Pieckel — 0,35 (— 0,34), Dirschau — 0,30 (— 0,36), Einlage + 1,64 (+ 1,88), Schiewenhorst + 1,90 (+ 2,10). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund"

Herzlichen Dank allen

die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen ihre Teilnahme erwiesen haben. 714

Karl Natz und Kinder.

Żołędowo, den 25. Januar 1937.

Hebamme

erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 503

Danek, Dworcowa 66.

Miss Baker-Beall

ist nach **ul. Swięlojańska 22**, Whg. 5, verzogen, wo sie ihren **englischen** 614

Privat-Unterricht

wieder aufnimmt.

0,25 zł

Seite Maschinenüberschreibungen

8.— zł

Maschinenkursus.

Sienkiewicza 31, Wg. 2.

Privatunterricht

in

doppelt. Buchführung u. Maschinenschreiben

erteilt Damen wie Herren, auch v. Lande, zu mäßigem Honorar

Maschinenschreibarb.

werden sorgfältig ausgeführt. 667

Frau J. Schoen,

Bydgoszcz,

Libelta 14, W. 4.

Zeichen- u. Malkursus

in der hiesig. Malschule **beginnt am 1. Februar** d. J. Anmeld. täglich von 10—13 Uhr. 704

Konitzer, Kunstmaler, Marsz. Focha 32.

Gesangbücher

zu herabgesetzten Preisen

A. Dittmann T. z o. p. **Bydgoszcz**

Marsz. Focha 6. Telefon 3061



Ganz besonders große Auswahl in

Kinder-Wagen

Sportwagen

Eisernen Bettstellen 1069

Matratzen

sehr preiswert u. in neuzeitlichen Formen finden Sie bei

F. Kreski, BYDGOSZCZ Gdańska 9.

Frühbeetfenster verglaste u. unverglaste

Gewächshäuser, sowie **Gartenglas**

Glaserkitt u. Glaserdiamanten liefert billigst

A. Heyer, Grudziądz, Chełmińska 38 Telefon 1486

Frühbeetfensterfabrik. Preislisten gratis.

Spielkarten

Whist- u. Patiencekarten

Fotoalben

in großer Auswahl.

Fotoecken

(3 Sorten)

Weiße Tinte

für Notizen.

Wirklich preiswert! 1007

Otto Brewing, Nakło

Buchdruckerei

neben der Post. Tel. 175.

Lose zur nächsten Lotterie, für 10 zł ¼ Los, schon erhältlich. Deutschsprechende Bedienung. Kollektur K. Rzanny, Gdańska 25. Tel. 33-32

Hauptgewinne der 37. Polnischen Staatslotterie

IV. Klasse (ohne Gewähr).

13. Tag. Vormittagsziehung

20000 zł. Nr.: 104845.
10000 zł. Nr.: 88256.
5000 zł. Nr.: 97513.
2000 zł. Nr.: 28842 44446 48726 55816 58084 76969 79080 115861 116614 124829 132147 143143 144882 147892.
1000 zł. Nr.: 13622 21087 30421 32324 35340 54001 57891 60497 61677 65685 72740 83135 85972 86378 86810 90283 91461 96410 97541 98919 107971 108750 115120 119340 120362 129911 139953 143432 156813 173138 177754 189158 193580.

13. Tag. Nachmittagsziehung.

25000 zł. Nr.: 89020.
10000 zł. Nr.: 10094.
5000 zł. Nr.: 110 21645 31141 36915 62518 102728 113903.
2000 zł. Nr.: 34771 94667 96840 102601 111071 135250 151203 160890 167004 173005 174777.
1000 zł. Nr.: 404 1558 9593 10806 1 336 20129 21906 41043 41398 44425 54955 57142 65841 75150 84599 89088 98597 111650 120532 128588 145875 150902 152763 154781 159294 161058 167436 173267 180209 181417

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind, kann man in der Kollektur „Uśmiech Fortuny", Bydgoszcz, Pomorska 1 oder Toruń, Żeglarska 31, feststellen.

Heirat

Dame, Frau m. Tochter, aus angesehener Familie, gedieg. Ausstattung u. größ. Vermögen, **sucht ebenbürtigen Ehegatten** in posit. ges. Position im Alter von 36—45 J. Bewerbg. unt. **N 1439** an die Geschst. d. Ztg.

Landw. Beamter

evgl., 28 J., in guter Stellg. **wünscht Damenbekanntsch. zw. Heirat.** Ernstgem. Zuschr. mit Bild unter **Z 1251** an die Geschst. d. Ztg. erb.

Bess. Handwerker,

Anf. 30, evgl., wünscht ein nettes, wirtschaftl. Mädel **zwecks baldiger Heirat** kennen zu lernen. Vermög. von 3000 zł auswärts, zur Uebernahme eines gr. Betriebes erwünscht. Ernstgemeinte Zuschr. mit Bild unter **N 647** an d. Geschst. d. Z. erb.

Es werden gesucht tüchtige Verkäufer

für Bielitzer Stoffe nur an Privatkundschaft. Bei Ratenverkauf Sicherstellung. Offerten unter 2740 **Bielsko 1430** a. d. Geschst. d. Ztg.

Buchhalterin

bilanzsicher, m. Stenographie und Schreibmaschine, gesucht. Ausführliche Angeb. unter **U 716** a. d. Gst. d. Ztg.

Buchhalterin

Polnisch u. Deutsch perfekt, bilanzsich., Schreibmaschine u. Stenographie erwünscht, z. 1. 2. evtl. später von größer. Handelsunternehm. gesucht. Off. unter **O 1442** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Stenotypistin

mit Kenntn. in Buchhaltung, sucht größer. Fabrikunternehmen d. Lebensmittelbranche. Ausführl. Angeb. unt. **B 717** a. d. G. d. Ztg.

Stellengesuche

Wirtschaftsbeamter

mit 16jährig. Praxis, gute Zeugn. u. Referenzen, 35 J. alt, ledig, dt.-kath., **sucht** zum 1. 3. oder 1. 4. **Dauerstellung.** Offert. bitte zu richten unter 1643 an Ann.-Expedition **Kosmos, Poznań,** M. Piłsudskiego 25. 1449

Landw. Beamter

evgl., ledig, anf. 30, energisch, ehrlich, solide, mit mehrjähr. Prax., Poln. in Wort u. Schrift, auch m. Buchführ. gut vertr., **sucht,** da stellungslos, **passende Stellung.** Angebote unter **K 1257** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gebildeter, solider, an strenge Tätigkeit gew.

Landwirt,

evangl., der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, 32 J. alt. Feldwebel d. Res., energisch u. zuverlässig, mit 8jähriger Praxis auf größeren Gütern, sucht, gestützt auf la Zeugnissen u. Empfehlungen, Stellung in großem Wirkungskreis. Off. unt. **B 3820** an die Geschst. d. Ztg. erbeten.

Suche Stellung

von sofort oder später **als Wirtschafter oder Hofverwalter,** nehme auch gerne irgend eine **ander. Beschäftigung** bei bescheidenen Ansprüchen an. Bin besonders gut vertraut bei Krankheit in der Viehwirtschaft, 31 Jahre alt, evgl., ledig, beid. Sprachen mächtig. Freundl. Zuschriften unt. **J 694** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Tüchtig. Friseur

sucht v. sofort Stellung. Offert. unt. **Z 671** a. d. Geschäftsst. dies. Zeitg.

Verh., jüng., herrschaftl.

Kutscher Chauffeur

gedienter Kavallerist, **sucht Stellung** vom 1. 4. 1937 od. von sogleich. Offerten unter **E 683** an die Geschst. d. Ztg.

Berufsschweizer

mit eigenen Leuten, von Jugend auf im Fach, gute Zeugnisse, sucht vom 1. 4. 1937 Stellung in intensiver Viehwirtschaft. Off. u. **B 708** an d. Gst. d. Zt.

Melker

verheir., empf., **sucht Stellung** bei Herde bis zu 40 Stück Vieh. Auf Wunsch werden freie Scharwerker gest. Angebote an 1444

Berufshilfe, Grudziądz, Groblowa 21.

Hausschneiderin

mit gut. Empfehlung, sucht vom 15. 2. 1937 in **Bromberg** Beschäftig. bei bescheid. Ansprüch. Frdl. Ang. unt. **Z 720** an die Geschst. d. Ztg.

Zuverlässiges **Kinderfräulein**, im Kindergarten gelernt, 5 jähr. Praxis, sucht Stellung zu Kindern in vorschulpflichtigem Alter. 1431

Berufshilfe, Bydgoszcz, Gdańska 66.

Suche vom 1. 2. oder später **Stelle als Stütze od. Kinderfräulein,** am liebsten Kr. Graudenz. Zeugn. vorh. Freundl. Angeb. m. Gehaltsang. unt. **B 1292** a. d. Gst. d. Ztg. erb.

Ev. Mädchen, 18 Jhr. alt, das schon in bess. Häusern tätig gewesen und über etwas Kochkenntn. verfügt, sucht v. 1. od. 15. 2. Stellung, am liebsten auf e. Gut als Küchenmädchen. Off. u. **U 1291** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Mädchen, 21 J. **sucht** ab 1. 2. od. spät. **Stellung** als

Stuben- oder Alleinmädchen.

Gute Zeugnisse vorhd. Offert. unt. **H 1408** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Junges Mädchen

sucht Dauerstellung vom 1. 2. od. 15. 2. im Stadthaush. **Mit all. Hausarb. wie Koch. vertr.** 675

Pomorska 41, Whg. 8.

Bess., ehrl. **Landw.-Tochter**

sucht Stellung von sof. od. später als Stütze, Kinderfr. od. 1. Stubenmädchen. Zeugn. vorh. Frdl. Angebot mit Gehalt erbittet **Thimm, Partęczyny,** p. Lisnowo, pow. Grudziądz. 1410

Evangel., ehrliches **Mädchen**

sucht vom 1. 2. od. 15. 2. **Stellung als Küchenmädchen** a. einem Gut. Offerten unter **K 1427** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

70 Merino-Fleischschaf-Jährlingsmütter

zur Zucht abzugeben. 1425

Temme, Węgrowo, Grudziądz.

Deutsche Akzidenz- 1413

Zier- u. Kartenschriften (überzähliges Schriftmaterial) zu kaufen gesucht. Angebote mit Druckmuster unter **T 1867** an **Ann.-Exped. Justus Wallis, Toruń** erbet.

Villa

m. voll. Komf., Zentralheiz., Garage, Gart. 2c., beste Lage Chełmża, zu verk. Offert. unt. **N 700** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Kolonialwarengesch.

in Kleinstadt, a. Markt, krankheitshalb. zu verkaufen. In demselben Hause anschließend befindet sich eine Restauration. Angeb. u. **J 1424** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Hochtragende Kuh

zu verkaufen.

W. Krüger, Przykubie p. Solec-Kuj.

2 kurzhaarige Vorstehhunde, 8 Woch. alt, Elt. gute Nase, pro Stück 15 Zl.; **4 dtsch. Schäferhunde,** 8 Wochen alt, Eltern sehr wachsam u. scharf, pro Stück 15 Zl., hat abzugeben 703

Heinz Lüke,

Liskowo, p. Koronowo, Telefon 26.

Mahag. Speisezimmer

eichn. Schlafzimmer u. Küchen zu verkaufen.

43 **Kościuszki 8.**

Fahrrad für Dame u. Herrn, f. neu, z. verk. 687

Sobieskiego 9, Wg. 6.

Mehrere Kutschwagen

zu verkaufen. 606

Hetmańska 25.

Transportable Kachelöfen

verkauft billigst 1445

O. Schöpper, Bydg., Zduny 9.

Schamotte-Oefen

Schlafzimmer, Sofa, Spiegel, Standuhr, gebr. Möbel, Kasse „National", **Teigteilmaschine, Ladeneinrichtung** vert. billig 693

Eichon, Podwale 3.

Gut erhaltenen 1441

Fordson-Traktor

zu kaufen gesucht. Ang. mit Brennstoffverbrauch und Preis bitte zu richten an

Albert Kirschke,

Liniewo,

powiat Kościerzyna.

Klee

sowie

Mohn

und andere Oelsaaten kauft

Walter Rothgänger

Grudziądz. 1026

Silbergeld 72

u. Altsilber kauft

B. Kinder, Dworcowa 43

Schneidermaschine

Singer, 80 Zl. 690

Pomorska 21—13.

Verkaufe im Submissionswege 1354

Kiefern-Nutzholz

395 Stück = 11,06 fm I. Kl., 108,66 fm II. Kl., 174,92 fm III. Kl., 13,56 im IV. Kl. Offerten sind einzureichen bis zum Submissionstermin am 5. 2. 37, 12 Uhr. Verkaufsbedingung, liegen am Orte aus.

Schauer, Wymysłowo, p. Koronowo. Tel. 21.

Wohnungen

5-Zimmer-Wohnung

a. Markt gel., von sof. zu verm. Off. unt. **A 3711** a. d. Gesch. d. Ztg. erb.

4 Zimmer,

Mädchenz., Bad, Balk., v. sof. zu vermiet. 706

Promenada 17, W. 1.

3- und 4-Zimmer-Wohng.

2 Tr., passend für befreundete Familien, sof. zu vermieten. 1443

8-Zimmer-Wohng.

1. Tr., zum 1. 3. z. verm.

Lemke, Dworcowa 43.

Wohnung

4-5 Zimmer, Nähe des Haupt-Bahnhofes, zu vermiet. Off. u. **A 673** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Suche

Stube u. Küche,

Zahle ½ J. im voraus. Offerten unter **S 711** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pachtungen

Jagd-Verpachtung

der **Jagdgesellschaft Białobłota am 31. Januar, um 16 Uhr,** im Restaurant des Herrn **Rieper.** 699

Janowski,

Jagd-Vorsitzender.

Suche v. 1. April 1937

Landwirtschaft

bis 300 Morgen

zu pachten.

Angeb. unter **Nr. 1379** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Zur gefl. Kenntnisnahme,

daß ich die Seifen- und Waschpulver-Fabrik W. W. Ch. „Blask", früher Seifen-Fabrik „Reger" käuflich erworben habe und unter der Firma

Chemiczna Fabryka Jan Kajewski

dawn. **„Blask"**

weiterführen werde. Ich empfehle:

Beste Kern- u. Schmierseife, flüssige Seife, Toilettenseifen sowie **Waschpulver**

unter der bisherigen Marke

„Blask".

Die Verwendung hochwertiger Rohstoffe, äußerst durchgeführte Kalkulation und reelle Bedienung ermöglichen mir, den höchsten Ansprüchen meiner werten Kundschaft gerecht zu werden. 1402

Jan Kajewski.

Büro: **Poznań,** ul. 27 Grudnia 5. Fabrik: **Poznań-Starołęka**
Tel. 2545 und 3686. Tel. 3052.

Offene Stellen

Für meine Ringofen-Ziegelei **suche** zum 1. April einen **tüchtigen**

Zieglermeister.

Nur Bewerber mit langjährig. Zeugnissen u. Empfehlg. melden!

Frau Toni Preuß.

Czyżykowo,

Cegielnia parowa maj. Tczew-Czyżykowo.

Für das Buch- und Kassenwesen sucht z. 1. 4. 1937 evangel.

Hilfskraft

die **Molk.-Genossenschaft Płośnica,** pow. Działdowo. 1367

Fleißiges, ehrliches **Mädchen**

zum 1. 2. gesucht 719

Kolonialwarengeschäft Toruńska 102.

Zuverläss. Mädchen

ges., das mich als alleinstehd. Hauseigentümer, in allen vorkommend. Sach. unterstützt. Poln. Sprachkenntn. Beding.

Frau Obermüller,

Chełmża, Toruńska. 1438

Gewissenhafter, pflichttreuer, gebildeter

Forstbeamter

sucht Stellung ab sof. od. später. Jede Größe der Forst, sowie Jagdschutz angenehm. Suchender ist 29 J. alt, geb. Schlesier, 1,73 gr., verh., kinderl., v. Kindheit an im Fach. allf. **im Forst- u. Jagdfach sehr erfahren,** passion. Heger u. Jäger in Hoch- und Niederjagd, guter Fasanenzüchter, Hundeführer, Waldhornbläs. und v. allem **scharf auf Raubzeug u. Wilderer,** stets nüchtern, ehrlich u. zuverlässig, d. poln. Sprache mächt., gute Zeugn. vorh. Gefl. Off. u. **U 1324** a. d. Gst. d. Z.

Landwirt

24 Jahre, nach der Militärdienstzeit, 4 Jahre Praxis in unges. Stellung, sucht zum 1. 3. 37 Stellung, am liebsten unterm Chef, der Landwirt ist. 709

Egon Brzoskowski,

Pruski, poczta Iłowo, pow. Działdowo Pom.

Revierförster und Jäger, 32 J. alt, mit 10jähr. Erfahrung in allen Waldarbeit. Kulturträger, Fasanzucht u. Wildzucht, gestützt auf erstkl. Zeugnisse u. Empfehlungen, guter Schütze u. Raubtiervertilger, sucht zum 1. 4. 37 Dauerstellung. Offerten unter **A 1219** an die Geschst. d. Ztg

Led. Schmiedegeselle

d. läng. Zeit als solcher tätig war und in allen vorkommend. Arbeiten bewandert ist, **sucht Stellung** von sofort od. später. Gute Zeugnisse vorh. Zuschrift. erb. an

A. Niehs, Gajewo, poczta Warlubie, pow. Świecie. 1386

Müllergeselle

26 Jahre alt, m. Wasser-, Sauggas-, Dampfkraft, elektr. Licht u. neuzeitlich. Maschinen vertr., **sucht sich von bald oder später zu verändern,** a. auf kl. Mühle **als Alleiniger.** Gute Zeugn. vorhanden. Kl. Kaut. kann gestellt werden. Angeb. unter **R 1272** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

27 J. alt, 11 J. Prax., mit gut. Zeugn., bewand. in Topfk., Frühgem., Baumschn., Bienenz., Parkpfl. usw., **sucht** von sofort oder spät. **Stellung,** wo sp. Verheir. möglich. Offerten unt. **D 707** an die Geschäftsstelle dieser Zeitg. erb.

Der vorwärtsstrebende

Geschäftsmann erweitert am besten seinen Kundenkreis durch wirksames Inserieren in der

Deutschen Rundschau in Polen

Das Blatt mit der hohen Auflage und kaufkräftigem Leserkreis!

Große Tagung der Welage

am 26. Januar 1937 in Posen.

Fahrpreisermäßigung bewilligt.

Personalausweis mitbringen.

Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft

Besitzertochter sucht von sofort oder später zur Vervollkommnung

Kochlehrstelle

auf größerem Gut. Angebote unter **L 1429** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

An- u. Verkäufe

Druckereigrundstück

in einer Kreisstadt Pommerellens, in best. Lage, mit guten Gebäuden und komplett. Einrichtung, ist wegen Liquidierung der Gesellschaft sehr günstig zu verkaufen. (Evtl. Maschinen u. Grundstück geteilt. Auskunft erteilt **E. Gohritz, Wąbrzeźno** (Pom.) 1403

Komplettes 3483

Jazzband

billig zu verkaufen **Babia wieś 23, Wg. 2.**

Deutsche Vereinigung

Ortsgruppe Bromberg.

Mitgliederversammlung

(Große Kundgebung)

Gero von Gersdorff spricht am **Montag, dem 25. 1. 1937, abends 8 Uhr** bei **Kleinert.**

Eintritt nur gegen Mitgliedskarten. 1432

Bydgoskie Konserwatorium Muzyczne

Dir. W. v. Winterfeld.

Montag, den 25. Januar 1937

abends 8 Uhr im Civil-Kasino

III. Kammermusik-Abend.

Mitwirkende: **Das Kammerorchester des Konservatoriums.** Dirigent: **Wilh. v. Winterfeld.**
Elsa Daniel (Gesang)
Ursel Świątek (Klavier).

Das Programm umfaßt Werke von Jarzębski, Haydn, Bach, Schubert. 1434

Eintrittskarten: 2 u. 1 zł in Johnes Buchhandlg.

Pommerellen.

25. Januar.

Graudenz (Grudziądz)

Ein bemerkenswerter und dankbarer Tag

war für die Deutsche Bühne der letzte Sonntag, an dem sie den weniger begüterten Volksgenossen für niedriges Entgelt ein unterhaltsames, lustiges Stück bot: August Hinrichs Komödie „Wenn der Hahn kräht".

Da gab es in dem großen, mollig durchwärmten Saale kein freies Plätzchen mehr, Kopf an Kopf gedrängt saß das Publikum, in dem, ein schönes Bild des Zusammengehörigkeitsgefühls, alle beruflichen und gesellschaftlichen Schichten vertreten waren. Es hob sich der Vorhang und das vor drei Jahren hier erstmalig aufgeführte Stück tat von Beginn an seine Wirkung: Immer und immer wieder durchfluteten Lachsalven das beifallsfreudige Haus.

Unsere Schauspieler gaben ihr Bestes, um die Hinrichsschen Dorftypen in ihrer unverfälschten Denkungs- und Gebarungsart plastisch greifbar auf die Bühne zu stellen und das Ganze in abgerundeter, seinem Inhalt und Wesen angepaßten Form vorzuführen. Einzelleistungen hier herauszustellen, sei uns mit Rücksicht auf die Wiederholung des Stücks und auch auf den Zweck des Abends überhaupt erlassen. Das jedoch sei nicht unterlassen zu vermerken, daß — dem Verdienst seine Krone — nach dem zweiten Akt der erste Vorsitzende, Walter Ritter, namens der Deutschen Bühne Erich Schneider, dem treuen, altbewährten Mitgliede des Mitwirkendenkörpers, der in mehr als 300 Aufführungen seine geschätzte Kraft dem Theater und damit der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt hat, aus Anlaß seines baldigen Scheidens aus der Heimat einen goldenen Kranz mit einer entsprechenden Widmung enthaltenden Schleife und ein von Kunstmaler Surza gemaltes, das Deutsche Gemeindehaus darstellendes Aquarell überreichte, und hieran seine besten Wünsche für die Zukunft knüpfte. An diesen sympathischen Akt schloß sich ein nicht weniger begrüßenswerter: Es wurde von Damen und Herren bei dem großen Auditorium eine Sammlung veranstaltet, um den pekuniären Effekt der Veranstaltung zugunsten unserer Notleidenden noch nach Möglichkeit zu vergrößern. Zweifellos dürfte ein ganz hübsches Sümmchen eingekommen sein. *

Die Vorgänge im „Tivoli".

Im weiteren Verlauf der Gerichtsverhandlung, über deren Beginn wir berichteten, sagt Zeugin Frau Knop aus, daß ein gewisser Ranatowski mit einem Stuhl nach Kotomski geworfen habe. Ranatowski, als Zeuge vernommen, bestreitet dies. Zeuge Lewandowski will, obwohl er in der Mitte des Saales gestanden hat, gehört haben, daß Angeklagter Grabowski gesagt habe: „Genossen und Genossinnen, wir nutzen das für unsere Zwecke aus." Zeuge Jabłoński will gehört haben, daß unter den Versammlungsstörern die Äußerung gefallen sei: „Wir werden ihnen Spanien zeigen." Auf die Frage des Rechtsanwalts Wiśniewski an den Zeugen, ob er in einer psychiatrischen Anstalt gewesen sei, erwidert dieser bejahend. Von mehreren weiteren Zeugen wird noch bekundet, daß Kotomski sein Feuerwehrbeil benutzt und Majrowski mit Stühlen geworfen habe. Die Vernehmung der sonstigen Zeugen bringt nichts besonders Wesentliches zur Sache.

Um 9.30 Uhr nimmt Staatsanwalt Kaczanowski das Wort zu seiner Anklagerede. Er zieht betreffs des Angeklagten Śmigielski die Anklage zurück, da die Verhandlung gegen ihn nichts Belastendes ergeben habe. Grabowski wird vom Staatsanwalt als der Haupttäter bezeichnet. Seine in der Vorbesprechung geäußerte Absicht, die Versammlung zu sprengen, sei ihm gelungen. Kankowski und Hinz hätten mit Stühlen geworfen, ebenso Majrowski. Bei dem Chaos habe übrigens jeder Zeuge andere Wahrnehmungen gemacht. Die Angeklagten hätten wissen müssen, daß ihr Auftreten Verwirrung und Schlägerei zur Folge haben würde. Deshalb hält der Staatsanwalt vorsätzliche Hervorrufung einer solchen Folgewirkung für vorliegend. Kotomski habe die Grenzen der berechtigten Verteidigung überschritten. Der Staatsanwalt beantragt Bestrafung, wobei er sich auf die Artikel 217 und 241 des St.-G.-B. stützt (Mitwirkung bei Herbeiführung allgemeiner Gefahr für Leben und Gesundheit bzw. Benutzung gefährlicher Gegenstände).

Es folgten die Plädoyers der Verteidiger. Der Vorsitzende erklärt zum Schlusse der Verhandlung, die bis 12 Uhr nachts währte, daß das Urteil Montag nachmittag 1 Uhr verkündet werden wird. *

× **Taschendiebstahl.** Um sein Portemonnaie mit 30 Złoty Inhalt wurde in einer hiesigen Apotheke Franciszek Michałowski aus Neudorf (Nowawieś), Kreis Graudenz, wahrscheinlich durch einen Taschendieb, bestohlen. *

× **Einbrecher** stahlen aus dem Megerschen Kiosk in der Unterthornerstraße (Toruńska) Tabak, Zigaretten und Zuckerwaren im Werte von etwa 90 Złoty. Sonst wurden noch u. a. laut polizeilicher Chronik bestohlen der Landwirt Józef Koszowski aus Schöntal um einen Koffer mit Wäsche und Küchengerät im Werte von 60 Złoty von seinem Wagen, sowie Antoni Perske, Zamojskistraße 8, um acht Hühner im Werte von 20 Złoty. *

t **Der Sonnabend-Wochenmarkt** brachte trotz der Kälte noch ganz gute Zufuhr. Der Verkehr war auch recht rege. Die Butter kostete 1,10—1,45, Eier 1,40—1,60, das Angebot an Eiern ist schon nicht unerheblich größer. Weißkäse kostete 0,10—0,50; Äpfel 0,30—0,45, Zitronen 0,12—0,15, Apfelsinen 0,15—0,40, trockne Pflaumen 0,60—1,00, Tomaten in Flaschen 0,15—0,60. Die Gemüsepreise waren etwas höher. Gänse preisten 5,00—7,00, Enten 3,00—4,00, Puten 3,60—6,00, Tauben Paar 0,80—0,90, Hühner 2,00—3,00; Karpfen 1,20, Hechte 0,90—1,20, Schleie 1,00—1,20, Karauschen 0,80, Barsche 0,60—0,70, Plötze 0,25—0,40, frische Heringe 0,20, Stinten 0,20, Sprotten 0,40 Złoty. *

Thorn (Toruń).

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** stieg in den letzten 24 Stunden um 12 Zentimeter an und betrug Sonnabend früh am Thorner Pegel 0,87 Meter über Normal. Der anhaltende strenge Frost fördert die Eisbildung gewaltig. Die Stärke der Eisdecke des Stroms betrug Sonnabend 22 bis 24 Zentimeter. * *

* **Ein neuer Fernsprech-Automat,** der seinen Platz im (rechten) Toreingang II des Hauptpostamts gefunden hat, wurde am Sonnabend der Öffentlichkeit übergeben. Der Apparat kann zu jeder Tages- und Nachtstunde benutzt werden. * *

t **Vor dem Burggericht** hatten sich dieser Tage das Ehepaar Ignacy und Anna Chrzanowska aus Skuszewo hiesigen Kreises nebst seinen Söhnen Alojzy und Hieronim sowie deren Nachbar Józef Bijata zu verantworten und zwar wegen einer mit allerlei ländlichen „Waffen" ausgetragenen „Schlacht", die wegen einer Henne entbrannt war und mit blutigen Köpfen endete. Die kriegerischen Angeklagten wurden mit Ausnahme der Frau Anna C. zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, erhielten aber zweijährigen Strafaufschub zu gebilligt. * *

v **Wegen Betruges und Dokumentenfälschung** hatte sich der wegen Diebstahls schon achtmal bestrafte Stanisław Zboiński vor dem Bezirksgericht in Thorn zu verantworten. Nachdem Z. seinen „schweren Beruf" als zu gefährlich aufgegeben hatte, sattelte er um und verlegte sich auf Betrügereien. Zu diesem Zweck fälschte er eine Bescheinigung der Starostei auf den Namen des Michal Szmidt, mit der er von Dorf zu Dorf zog, um Almosen zu erbitten. Dies ging so lange gut, bis er in Pluskowęcy als Betrüger entlarvt werden konnte. Der Besitzer des Gutes beauftragte, ohne die Papiere genau durchgesehen zu haben, den Verwalter, Zboiński zwei Zentner Weizen auszuhändigen. Beim Anblick des Almosenempfängers stutzig geworden, ließ der Verwalter sich noch einmal die Papiere vorlegen und stellte dabei die Fälschung fest. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, die gefälschte Bescheinigung von einem zufälligen Bekannten gekauft zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu sieben Monaten Gefängnis. * *

p **Neustadt** (Wejherowo), 23. Januar. In der letzten Stadtparlamentssitzung wurden die auf den Hausgrundstücken in der Blumenstraße (Kwiatowa) lastenden Schulden gestrichen. Hierauf referierte der Vorsitzende, Bürgermeister Bolduan, über die Budgetüberschreitungen. Der Umtausch von zehn Prämienobligationen der Bauanleihe im Werte von 500 Złoty in die vierprozentige Konsolidationsanleihe fand seine Genehmigung. Zur Berechnung der Straßenreinigungsbeiträge wurden Neuregelungen vorgenommen. Die Statutenänderung der Vergnügungssteuer wurde genehmigt. Das Parlament ermächtigte die Stadtverwaltung zum freihändigen Verkauf von Maschinen und Einrichtungsgegenständen aus dem von der Firma „Schulz-Scheel" z. Zt. angekauften Sägewerk. Der frühere Beschluß, Ausführungen von Kanalisierungsarbeiten betreffend, erfuhr eine Abänderung. Auf Antrag des Bürgermeisters wurden verschiedene uneintreibbare Geldausstände niedergeschlagen. Zum Schluß berichtete der Vorsitzende über die vom Kredit-Kommunal-Verband durch Delegierte vorgenommene Revision der Kommunal-Stadtsparkasse.

p **Neustadt** (Wejherowo), 23. Januar. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Eier 1,70—1,80, Butter 1,20—1,40. Auf dem Schweinemarkt wurden für Ferkel 7,00—10,00 Złoty das Stück gezahlt.

w **Soldau** (Działdowo), 24. Januar. Der letzte stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt in Heinrichsdorf (Płośnica) war bei schönem klaren Frostwetter gut besucht. Der Auftrieb von Vieh war mittelmäßig. Da auswärtige Händler anwesend waren, herrschte rege Kauflust. Insbesondere wurde gut genährtes Jung- und Fettvieh gekauft. Die Preise waren etwa folgende: Hochtragende und gute Milchkühe 200 bis 250, mittlere Milchkühe 150 bis 195 und schlechtere Milchkühe 120 bis 145 Złoty. Hochtragende Färsen (2- bis 3jährig) 150 bis 180 Złoty. Fettvieh je nach Qualität war von 22 bis 28 Złoty pro Zentner Lebendgewicht zu haben. Auf dem Pferdemarkt zahlte man für Arbeitspferde 50 bis 150 Złoty.

g **Stargard** (Starogard), 25. Januar. Die Freiwillige Feuerwehr in Stargard konnte am 20. Januar auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Die Freiwillige Feuerwehr zählt gegenwärtig 52 Mitglieder. Bei der Wehr besteht auch eine weibliche Sanitätsabteilung aus 17 Personen und eine Musikkapelle. Im vergangenen Jahre wurde eine Motorspritze angeschafft. In der Kosciuszkostraße besitzt die Feuerwehr einen Versammlungssaal, wo Bildungslehrgänge und Vortragsabende stattfinden.

v **Vandsburg** (Więcbork), 24. Januar. Ein Einbruch wurde kürzlich bei dem Landwirt Hans Erdmann in Sitno verübt. Die Diebe stahlen drei Fahrräder und sämtliche in der Räucherkammer befindlichen Fleischwaren.

Einen Unfall erlitt bei der Eisanfuhr der Landwirtssohn Arnold Kalinke in Pempersin. K., welcher neben dem vollbeladenen Wagen einherging, wurde in der Auffahrt zum Molkereihofe, wo der Wagen ins Rutschen kam, von diesem gegen die Mauer gedrückt. Der Verunglückte erlitt dabei bedeutende Quetschungen, so daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

v **Zempelburg** (Sępólno), 24. Januar. Ein Feuer brach auf bisher unbekannte Ursache im Wohnhause des Landwirts J. Bleck in Nichorz, aus. Das Feuer vernichtet das ganze Wohnhaus mit Einrichtung. Der Schaden beläuft sich auf 10 000 Złoty und dürfte durch Versicherung gedeckt sein.

Freie Stadt Danzig.

Die Gmina Polska in Danzig darf sammeln.

Der Gmina Polska wurde gestattet, bei ihren Mitgliedern in Danzig für arme und kranke Pilger zu sammeln, die an dem Pilgerzug nach Wejherowo teilnehmen wollen.

Erneute Verurteilung der Polnischen Staatsbahndirektion.

Der Eisenbahner Josef Zawitzki aus Schwarzenfelde, bei der Bahnmeisterei Praust tätig, wurde eines Tages plötzlich nach Simonsdorf versetzt, nachdem er sich wiederholt geweigert hatte, als deutschstämmiger Vater seine Kinder zur polnischen Schule anzumelden. Die Versetzung bedeutete für den Mann eine derartige Verlängerung des Arbeitsweges, daß dieser mit der Arbeitszeit täglich 17 Stunden hätte aufwenden müssen. Als Zawitzki in der Erregung über die Behandlung mit seinen Nerven zusammenbrach, wurde er entlassen. Das Danziger Arbeitsgericht erklärte jetzt diese Kündigung für nichtig und erkannte für Recht, daß die Polnische Staatsbahn-Verwaltung Zawitzki den Lohn weiter zahlen muß. y.

Eine Milliarden-Erbschaft für Polen?

Die polnische Hauptstadt wird augenblicklich von einer sensationellen Erbschaftsaffäre in Atem gehalten, wobei es sich um die Rekordsumme von drei Milliarden Złoty handeln soll. Dazu mußte ein besonders vermögender Erblasser und ein besonders verwickelter Stammbaum erforderlich sein. Beide Erfordernisse sind in der gegenwärtigen Erbschaftsgeschichte hundertprozentig enthalten.

Vor nunmehr hundert Jahren verließ der englische Staatsangehörige Buttler auf einem Dampfschiff das Inselreich, um nie mehr sein Heimatland zu sehen. Er erreichte zwar seinen Bestimmungsort, blieb aber im übrigen verschollen. Die englischen Gerichtsbehörden stellten Nachforschungen über Nachforschungen an, ohne auf die Spur des verschwundenen Herrn Buttler zu kommen. Angesichts dieser negativen Ergebnisse weigerten sich die englischen Behörden, die Erbschaft des Verschollenen aufzulassen. Seine wenigen Nachkommen warteten bis zu ihrem Tode vergeblich auf den sagenhaften Reichtum ihres Verwandten. Die englische Linie der Familie Buttler starb während des vergangenen Jahrhunderts aus, übrig blieb allein eine polnische Nebenlinie, die durch die Heirat eines Polen mit der Familie des reichen Engländers in Verbindung steht. Erlauchte Namen tauchen in dieser polnischen Nebenlinie auf. Man hört die Namen der Grafen Tyszkiewicz und Krasiński, sowie der bekannten Geschlechter Konopka und Jelowicki. Sie alle haben sich in eine „Gesellschaft zur Wahrnehmung der Interessen der Buttlerschen Erben" zusammengeschlossen. Mit vergilbten Blättern aus den Familien-Archiven und mit jahrhundertealten Urkunden werden die Ansprüche der Buttlerschen Erben polnischer Nationalität unter Beweis gestellt.

Die Behörden sind gegenwärtig mit der sorgfältigen Prüfung der vorgelegten Dokumente beschäftigt. Ob die polnischen Erben in den Besitz des Milliardenvermögens kommen werden, wird von dieser Prüfung und dem abschließenden Gerichtsverfahren abhängen. Die Anstrengungen lohnen sich wahrhaftig: Es geht um ein großes Landgut in Schottland, um mehrere Kohlengruben in England, um industrielle Anlagen in Australien und schließlich um ein Barvermögen von zwei Millionen englischen Pfund, die in den Depots der Bank von England lagern. Es handelt sich bei den Erben um insgesamt 75 Personen, die in verschiedenen Teilen Polens leben. Dem polnischen Staatsschatz würden durch dieses Erbe 600 Millionen Złoty durch Erbschaftssteuer zufallen.

Am vergangenen Sonntag traten in Warschau die Vertreter der polnischen Familien, die auf die Riesenerbschaft Anspruch erheben, zu einer Sitzung zusammen, in der ein Vollzugskomitee gewählt wurde, das sich wie folgt zusammensetzt: Kazimierz Buttler als Vorsitzender, ferner der ehemalige Finanzminister Władysław Zawadzki, Majoratsherr Graf Krasiński, Oberst J. Konopka sowie die Herren Mieczysław und Józef Buttler. In der Aussprache nahm auch der bekannte Führer der Polnischen Sozialistischen Partei Mieczysław Niedziałkowski das Wort, der gleichfalls zu den Buttlerschen Erben gehört.

Hinrichtungen in Litauen nur noch durch Gas.

Das Litauische Kabinett, das während der Vertagung des Sejm ermächtigt ist, Gesetze zu erlassen, hat die Strafprozeßordnung geändert. Die Todesstrafe wird in Zukunft nicht mehr wie bisher durch Erschießen, sondern durch Vergiftung mit Gas vollstreckt werden. Die Hinrichtung erfolgt in einer hermetisch abgedichteten Kammer im Zuchthaus. Das Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und erstreckt sich auch auf die zurzeit schon rechtskräftigen Todesurteile gegen zwei Raubmörder.

Um die Rechtsstellung der Unierten Evangelischen Kirche.

Von evangelisch-kirchlicher Seite wird uns geschrieben:

Der „Dziennik Poznański", der in letzter Zeit mehrfach evangelische Geistliche angegriffen hat, glaubte es seinen Lesern schuldig zu sein, einmal über die gesamte Unierte Evangelische Kirche in Polen in derselben tendenziösen Weise zu berichten. Er tut das in einem anscheinend streng wissenschaftlich und objektiven Rahmen, indem er einen Juristen, Dr. Josef Górski dazu aufforderte, die rechtliche Stellung der Unierten Evangelischen Kirche darzulegen.

Dr. Górski geht in seiner Darstellung von der Verfassung der Polnischen Republik aus und legt gleich am Anfang den bekannten Artikel 114 der Verfassung in ungewöhnlicher Weise aus. Nach dem Artikel steht dem römisch-katholischen Bekenntnis deshalb die Hauptstellung unter gleichberechtigten Bekenntnissen zu, weil es die Religion der überwiegenden Mehrheit des Volkes ist. Dr. Górski aber legt den Artikel so aus, daß die Verfassung der Römisch-katholischen Kirche eine besondere Vertrauensstellung einräumt, weil sie erwarten kann, daß die Tradition der Römisch-katholischen Kirche dafür garantiert, daß Lehre und Tätigkeit dieser Kirche die polnische öffentliche Ordnung nicht gefährden werden. Mit einer derartigen Auslegung, die der Römisch-katholischen Kirche auch rechtlich eine Vorzugsstellung einräumt, wird aber der Grundsatz der Gleichberechtigung aufs schwerste erschüttert. Auch der Artikel 115, wonach das Verhältnis des Staates zu den Kirchen auf gesetzlichem Wege nach Verständigung mit ihren rechtmäßigen Vertretungen geregelt werden soll, wird in der gleichen Weise willkürlich behandelt. Dr. Górski behauptet nämlich, daß dieser Artikel dem Polnischen Staat das Recht einer einseitigen Regelung auf dem Gesetzeswege zugesteht. Die einseitige Form der Regelung sei für die Evangelisch-augsburgische Kirche soeben durchgeführt worden, und Dr. Górski glaubt voraussagen zu können, daß diese Verordnungen das Muster für die übrigen Kirchen darstellen werden. Die polnische Berichterstattung über das Kirchengesetz für die Evangelisch-augsburgische Kirche hat aber stets besonderen Wert gerade auf die Feststellung gelegt, daß die gesetzliche Regelung nach Verständigung mit der rechtmäßigen Vertretung der Kirchen erfolgt sei. Den Grund dafür, daß das Verhältnis der Unierten Evangelischen Kirche zum Staat seit 1920, also seit 17 Jahren noch nicht geregelt worden ist, findet Dr. Górski darin, daß die Unierte Evangelische Kirche sich bisher nicht positiv zum Polnischen Staat eingestellt hat und seine Verordnungen geradezu „boykottiert". Daraus ließe sich schließen — und das wird Generalsuperintendent D. Bursche entrüstet zurückweisen — daß auch für die Evangelisch-augsburgische Kirche derartige Gründe maßgebend waren, denn auch diese Kirche hat sich bereits im Jahre 1923 eine Verfassung gegeben und mußte trotzdem weitere 13 Jahre auf die einseitige Regelung ihres Verhältnisses zum Staat warten. Das gleiche gilt für die anderen evangelischen Kirchen, besonders für die nationalpolnischen reformierten Kirchen in Warschau und in Wilna. Die Geschichte der Verfassungsfragen der Unierten Evangelischen Kirche in Polen von 1920 bis 1937 sieht doch recht anders aus, als Dr. Górski sie in einem Zeitungsartikel mit ganz bestimmter Tendenz darzustellen weiß. Von einer Passivität der Kirche und von mangelndem guten Willen dem Staate gegenüber kann in keinem Falle die Rede sein. Ebenso wenig treffen die sattsam bekannten Vorwürfe der „Germanisierung" zu, die auch hier wieder hervorgeholt werden. Im Gegenteil: die Unierte Evangelische Kirche hat sich stets darum gemüht und tut es noch jetzt, ihre Glieder polnischer Zunge in der Muttersprache kirchlich zu betreuen.

Auch sonst fehlt es in der anscheinend so sachverständig aufgezogenen Artikelreihe nicht an Unrichtigkeiten. Selbst verschiedene Bestimmungen des Konkordats sind zum Teil nicht sinngemäß zitiert. Des Raumes wegen können wir hier nicht weiter darauf eingehen, zumal es aussichtslos sein dürfte, derart voreingenommene Leser zu überzeugen.

Aus der ganzen Darstellung hören wir Töne heraus, die der evangelischen Kirche der Vergangenheit nicht unbekannt waren, die aber im neuen Polen mit seiner 1935 wieder bestätigten Religionsfreiheit und religiösen Gleichberechtigung von 1921 verklungen sein müßten. Es ist die alte Melodie des Polens von 1791, wo in dem berühmten Verfassungsentwurf der Katholischen Kirche ebenfalls eine hervorragende Stellung zugesprochen wurde, während der „Abfall" von der katholischen Religion als „Apostgsie" geahndet werden sollte. In dieser dumpfen Melodie ist der helle Klang des „goldenen Zeitalters" der Reformation untergegangen. Damals bekannte sich die polnische Meinung zu Religionsfreiheit und religiöser Gleichberechtigung, welche Grundsätze 1573 in dem Pacta Conventa, die der König beschwören mußte, verankert wurden.

Wir hoffen, daß diese Traditionen auch heute noch bei den maßgebenden Stellen lebendig sind, zumal der Herr Staatspräsident, Professor Mościcki, sich schon mehrfach in öffentlichen Aussprüchen zu diesem Grundsatz bekannt hat. Wir erinnern z. B. an den Besuch der skandinavischen Abordnung im Mai 1933, die nach dem Stande der religiösen Toleranz in Polen fragten. Der Staatspräsident antwortete damals mit großer Wärme: **„Nicht nur Toleranz. Toleranz ist ein zu kaltes Wort. Wir haben Achtung vor fremden Anschauungen."**

pz.

*

Evangelische Kirchenwahlen in Mittelpolen am 21. Februar.

Die sogenannten Senioratswahlen sind in der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen (Konsistorium in Warschau) auf Sonntag, den 21. Februar, d. h. auf den zweiten Sonntag in der Passionszeit, festgesetzt worden.

Die Einschreibung zu den Wahlen ist in den Gemeinden nunmehr abgeschlossen und hat zum großen Teil gezeigt, mit welcher inneren Beteiligung die Gemeindeglieder auch am äußeren Leben ihrer Kirche teilnehmen. Allerdings war das hauptsächlich in den Gemeinden der Fall, wo durch vorhergehende geeignete Aufklärung über das Kirchengesetz und über die Bedeutung der Wahl die Gemeindeglieder entsprechend unterrichtet waren. Tatsächlich kam es in zahlreichen Gemeinden auch vor, daß die Leute entweder gar nichts erfuhren oder ihnen auch eine falsche Darstellung gegeben wurde. Namentlich hat das Frauenwahlrecht sich nicht in dem gewünschten Maß durchsetzen können, zumal nicht klar angegeben wurde, für welche Zeit die Frauen ihre besonderen Kirchenbeiträge entrichten mußten. Die nächsten Wochen bringen die Vorbereitungen zur Wahl, namentlich die Einigung auf die Kandidaten. **Die Wählerlisten liegen jetzt in den Kirchenkanzleien** aus. Einsprüche gegen fehlerhafte Eintragungen müssen bis 14 Tage vor den Wahlen, also bis zum 7 Februar, vorgenommen werden. Aus den Senioratsversammlungen, die den Kreissynoden in anderen Kirchen entsprechen, gehen die Abgeordneten für die Synode hervor, die sich bekanntlich aus 54 Mitgliedern zusammensetzt.

pz.

Beginn des Moskauer Schauprozesses.

Unsinnige Anschuldigungen gegen ausländische Mächte.

Aus Moskau meldet das Deutsche Nachrichten-Bureau:

Vor dem Militärtribunal des Obersten Moskauer Gerichtshofs begann am Sonnabend der zweite sogenannte „Trotzkisten-Prozeß" gegen Pjatakow, Radek-Sobelsohn, Sokolnikow-Brilliant und Genossen. Wie bei allen diesen Theaterprozessen, wird der Zugang zu dem Gerichtssaal durch das übliche große Aufgebot von GPU in Uniform und Zivil scharf bewacht. Die Auslandpresse ist durch etwa 20 europäische und amerikanische Journalisten vertreten. Unter mehreren ausländischen Diplomaten befinden sich die Botschafter Frankreichs und der Vereinigten Staaten.

Um 10 Uhr wurden die Angeklagten von Angehörigen der GPU mit aufgepflanztem Bajonett in den Saal geführt. In der ersten Reihe sitzen die „Hauptverbrecher" Pjatakow, Radek-Sobelsohn, Sokolnikow-Brilliant, Serebrjakow. Pjatakow, der noch vor einem halben Jahr Vizevolkskommissar der Schwerindustrie war und im Testament Lenins als einer der in Frage kommenden Nachfolger der Parteiführung genannt wurde, sitzt jetzt hinter Bajonetten in der Haltung eines gebrochenen Mannes. Radek, dem einst Moskau eine Rolle zugedacht hatte, die er als Diktator eines bolchewistischen Deutschlands spielen sollte, scheint seinen Zynismus und seine Spottlust völlig verloren zu haben. Auch die übrigen Angeklagten erwecken den Eindruck, daß alle ihre Widerstandskräfte zermürbt sind. Die GPU hat sie „sachgemäß" vorbereitet.

Die Anklageschrift,

mit deren Verlesung dann begonnen wurde, ist zweifellos das ungeheuerlichste Dokument, das jemals von einem Sowjetgericht verfaßt wurde. Sie enthält neben allen überhaupt nur denkbaren Beschuldigungen der 17 angeklagten „Trotzkisten" die ungeheuerlichsten und unsinnigsten Anschuldigungen gegen ausländische Mächte, vor allem gegen das Deutsche Reich.

Dieses einzigartige „Dokument" geht von den angeblichen Aussagen (längst erschossener) Opfer des vorjährigen Trotzkistenprozesses aus und baut sich ausschließlich auf den „Geständnissen" der Angeklagten auf. Die Angeklagten hätten, so heißt es, auf unmittelbaren Befehl des im Ausand befindlichen Trotzki-Bronstein ihre Verbrechen verübt in der Absicht, das bolschewistische Regime zu stürzen und die „kapitalistische Gesellschaftsordnung" mit Hilfe militärischer Intervention ausländischer Mächte wieder herzustellen. Zu diesem Zweck hätten sich die Angeklagten zum Ziel gesetzt, in unmittelbare Verhandlungen mit den „Feinden der Sowjetunion" einzutreten. An dieser Stelle bringt die Anklageschrift ihren Hauptschlager nach folgender Melodie:

Wie der Hauptangeklagte Pjatakow gestanden haben soll, habe Trotzki-Bronstein in einer Unterredung mit Pjatakow im Dezember 1935 erklärt, daß er, Trotzki, ein Übereinkommen mit dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, unter folgenden Bedingungen abgeschlossen habe: Erstens ein Zusammengehen in den wichtigsten internationalen Fragen; zweitens das Einverständnis zu territorialen Abtretungen; drittens Zulassung deutscher Konzessionen für Gewinnung von Erzen, Erdöl, Gold usw. in der Sowjetunion; viertens Schaffung günstiger Niederlassungsbedingungen für deutsche Privatunternehmungen in der Sowjetunion; fünftens im Falle eines Krieges soll eine „aktive Diversionstätigkeit in Rüstungsbetrieben" und an der Front im Einvernehmen mit dem deutschen Generalstab organisiert werden!

Diese Behauptungen sind so blödsinnig, daß kein halbwegs vernünftiger Mensch sie ernst nehmen wird. Aber es scheint, daß Moskau die Welt mit seinen eigenen dummdreisten Maßstäben mißt, wenn es diesen Gipfelpunkt des Unsinns erklimmt.

In der Anklageschrift wird weiter versucht, „nachzuweisen", daß die Angeklagten auf jede Weise bestrebt gewesen seien, die Sowjetunion in einen Krieg hineinzuziehen und „dem Gegner in seinem Kampf gegen die Sowjetunion mit allen Mitteln zu helfen". Die Anklageschrift beschuldigt schließlich sämtliche Angeklagten des Hoch- und Landesverrats und spricht dieselbe Anschuldigung erneut auch gegen Trotzki und dessen Sohn Sedow aus. Nach der Verlesung der Anklageschrift bekannten sich alle 17 Angeklagten der genannten Verbrechen schuldig!

Geständnisse der Angeklagten.

Wie die polnische Presse meldet, haben die Angeklagten im wesentlichen die ihnen zur Last gelegten „Verbrechen" eingestanden. Sie haben also, wie der „Kurjer Poranny" hervorhebt, nach dem von den früheren Prozessen her bekannten Muster die Rolle zu Ende gespielt, die ihnen zugewiesen worden war. Sie werden der Sowjetbevölkerung als unerbittliche Feinde des Staates gezeigt werden, um die weitere Ideologie und Praxis des Terrors in der Sowjetunion zu rechtfertigen. Das Blatt fügt hinzu, daß der Terror als Regierungsmethode eine Verneinung der Dauerhaftigkeit und Stetigkeit der Regierung ist. Die Struktur der Sowjetunion liefere daher den Beweis dafür, daß sie von der Stabilisierung weit entfernt sei.

*

Radek einst und jetzt.

Abstieg vom führenden Sowjetjournalisten zum Geschmeiß".

Moskau, 25. Januar. (Ost-Expreß.)

Die offiziösen „Iswiestija", dasselbe Blatt, in dessen Schriftleitung der jetzt vor den Schranken des Sowjetgerichts stehende Radek-Sobelsohn noch vor wenigen Monaten als Außenpolitiker eine führende Rolle gespielt hat, lassen ihm jetzt eine Charakteristik zuteil werden, wie sie verächtlicher und vernichtender nicht gedacht werden kann: „Radek, dieser zum niedrigsten Geschmeiß gehörende, nach allen Seiten wendige Heuchler, diese giftige trotzkistische Viper, hinter deren schmeichelndem Lächeln die Giftzähne lauern! Sein ganzes politisches Leben hindurch hat er gegen Lenin gekämpft. Immer wieder zu Boden geschlagen, hat er gleich einem Wurm sich doch wieder an die gewaltige Eiche des Sowjetstaats anzuschlängeln gewußt. Immer wieder hat er die Farbe gewechselt, um im dunkeln Netze der Gegenrevolution zu spinnen, um Schaden zu stiften und um Volk und Heimat zu verraten."

An diese Verwünschungen knüpft das offiziöse Blatt dann die schwersten Drohungen gegen den einstigen Mitarbeiter. Warum aber die „Viper" noch vor ganz kurzer Zeit eine angesehene Stellung in der Schriftleitung einnehmen durfte, wird nicht erörtert. Der Vorwurf, ein ganzes politisches Leben hindurch gegen Lenin gekämpft zu haben, muß doch den Leserkreis der „Iswiestija" zu der Frage berechtigen, warum denn dem „sich anschlängelnden Wurm" nicht schon längst jede politische Betätigung unmöglich gemacht worden ist.

„Hier ist mein Grab!"

Unter dieser Überschrift brachte die Königsberger „Preußische Zeitg." in ihrer Ausgabe vom 8. Januar einen Artikel, der das seltsame Erlebnis der 18jährigen Elisabeth Wirnitz auf dem alten verlassenen Friedhof von Gdingen behandelte. Das Mädchen, das vorher nie in dieser Gegend gewesen war, glaubte beim Anblick eines verwitterten, efeuumrankten Grabsteins ihre eigene Ruhestätte zu erkennen. Sie behauptete, vor Jahrhunderten schon einmal gelebt zu haben, und gab mit größter Sicherheit Namen und Einzelheiten aus ihrem damaligen Leben an. Soweit das Aktenmaterial ausreichte, haben die behördlichen Nachforschungen über diesen Fall alle ihre Aussagen bestätigt. Es ist der Wissenschaft nicht gelungen, eine eindeutige Erklärung für diesen geheimnisvollen Vorfall zu finden. —

Ein Königsberger Leser der gleichen Zeitung berichtet nun von einem ähnlich seltsamen Erlebnis, das er während des Weltkrieges gehabt hat. Er schreibt:

„Ich war im Frühjahr 1918 zum zweiten Male verwundet und lag bei Valenciennes. Am 6. März 1918 erhielt ich die bataillonsärztliche Erlaubnis, von hier aus nach Denain zum Schwimmbad zu fahren. Ich bin vorher bestimmt noch nie in Denain gewesen und hatte auch keinen Stadtplan oder etwas ähnliches in Händen gehabt. Dennoch bin ich in der mir völlig fremden Stadt gleich vor das richtige Haus gefahren und hatte nachher beim Spazierengehen die feste Überzeugung, daß mir alles — bis auf geringe Einzelheiten — längst bekannt sei. Ich habe auch meinen Wagen nach einer Gastwirtschaft bestellt, deren Lage ich meinem Burschen genau und richtig beschrieb, ohne zuvor dort gewesen zu sein. Wir haben im Kameradenkreise hierüber oft gesprochen, doch konnte keiner dieses Geschehen erklären. Vielleicht hat dieser oder jener ein ähnliches Erlebnis gehabt."

Büchertisch.

Deutsche Monatshefte in Polen. Januarheft 1937. Verlag Historische Gesellschaft Posen. Anschrift: Poznań, Aleja Marsz. Piłsudskiego 16. 1,50 Złoty, Bezugspreis vierteljährlich 3,75 Złoty zuzüglich Postgeld.

Das neue, starke Heft der wertvollen Zeitschrift enthält zunächst einen Aufsatz des Hauptherausgebers Ing. V. Kauder-Kattowitz: Das Deutsche Reich, Osteuropa und die deutschen Volksgruppen, mit besonderer Berücksichtigung Polens. Prof. Franz Manthey-Pelplin stellt nach dem Werke von Dr. Rom. Bryndrychowicz Pelplin ausführlich als ein Werk deutscher Zisterzienser dar, behandelt seine Beziehungen zu deutschen Landen und deutscher Gesittung und nennt eine lange Reihe deutscher Menschen am Ort. Ebenso aufschlußreich stellt Martin Kage-Bromberg den Einfluß deutscher Meister auf die polnische Buchillustration in zahlreichen Beispielen meist nach polnischen Werken dar. Erich Zabel-Beuthen würdigt unter Beigabe von zwölf lehrreichen Abbildungen den begabten Pressezeichner und Propagandisten Willy Heyer in Kattowitz. Sepp Müller-Lemberg berichtet sachkundig über die Geschichte und schwere Gegenwartslage der deutschen Katholiken in Galizien. In der Abteilung Buchbesprechungen werden das Buch von Richard Hahn über die Entwicklung des Absatzes und der wirtschaftlichen Lage der polnischen Kohlenindustrie 1923—35, die Ableitung des Namens Schlesien von Erich Elsner und die deutschen Jahrweiser in Polen für 1937 in einem Sammelbericht von A. Lattermann angezeigt, in der Beilage noch kürzer 14 neue schöngeistige Beiträge. — Bestellungen können beim Verlage oder den deutschen Buchhandlungen erfolgen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Otto K. in L. 1. Für den vorliegenden Fall kommt der § 1007, Abs. 2, in Frage. D. h., auch wenn der Kaufmann bei Erwerb der Ware gutgläubig war, können Sie die Herausgabe der Ware von ihm verlangen, da Ihnen diese Ware gestohlen worden ist. Daß der Kaufmann die Ware herausgeben muß, ist also klar. Aber in der einschlägigen Gesetzgebung sind auch Bestimmungen enthalten zum Schutz des Besitzes, und Besitzer ist in Ihrem Falle der Kaufmann. In § 1006 B. G. B., Abs. 1 wird bestimmt: „Zugunsten des Besitzers einer beweglichen Sache wird vermutet, daß er Eigentümer der Sache sei. Dies gilt jedoch nicht einem früheren Besitzer (das sind Sie) gegenüber, dem die Sache gestohlen worden ist." Sie müssen also diese Vermutung, daß der jetzige Besitzer d. h. der Kaufmann) entkräften adurch, daß Sie beweisen, daß der frühere Besitzer (das sind Sie) Eigentümer der Ware ist, und daß sie ihm gestohlen worden ist. Dieser Beweis wird leicht sein, da die Diebe gefaßt worden sind, aber er muß formell geführt werden, und zwar durch Klage. Denn die Entscheidung auf Grund des § 1007, Abs. 2 B. G. B. ist nur eine vorläufige. 2. Das Testament ist gültig, auch wenn es in deutscher Sprache abgefaßt ist; ein Zusatz zur Rechtfertigung der deutschen Sprache ist überflüssig. 3. Das fragliche Stück der Pożyczka inwestycyjna ist noch nicht gezogen.

Friedrich M. in Kc. Der von Ihnen ausgeführte Bau ist eine Verbesserung des Mietsobjektes. Wenn Sie ausziehen, können Sie den Vermieter fragen, ob er die Verbesserung behalten und Sie dafür entschädigen will. Wenn er ablehnt, können Sie die Verbesserung beseitigen und das Material mitnehmen, müssen aber den Platz wieder in den alten Stand versetzen.

Zeichendeuter:

„Jetzt kommt das neue polnische Lager!"

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die politischen Kreise sind wieder in der angenehmen Lage, einigen Grund zur Erwartung „wichtiger Änderungen" im politischen Leben zu haben und versuchen, sich eine ungefähre Vorstellung von dem Neuen zu bilden, das bald in Erscheinung treten kann. Und da das Erwartete verschiedene Vorstellungen zuläßt, füllen die besagten politischen Kreise viele inhaltlose Stnuden mit dem Austausch von Ansichten aus über die Gestalt, welche die erwarteten politischen Vorkommnisse annehmen können.

Wer sind aber „diese politischen Kreise", auf welche sich die Presse, zumal die oppositionelle, zu berufen pflegt, wenn sie Gerüchte ausstreut? Genau besehen, ist die Bezeichnung „politische Kreise" — eigentlich nichtssagend, weil sie gar zu allgemein ist. Den politischen Kreisen kann doch wohl jeder zugerechnet werden, der seine Zeitung liest und sein Interesse für Politik gesprächsweise wo immer bekundet. Wenn sich die Presse trotzdem auf die politischen Kreise als Informationsquelle beruft, dann muß es mit diesen Kreisen eine bestimmte Bewandtnis haben, vor allem die, daß es eine Gruppe von beruflich mit Politik beschäftigten Personen gibt, die einen näheren Einblick in das politische Laboratorium haben oder zu haben vorgeben, und die man im beiderseitigen Interesse der Informierenden und der Informierten im Schatten der Anonymität verbleiben läßt.

Daß den betreffenden „Kreisen" in erster Reihe wißbegierige Journalisten angehören, ist klar, aber hier ganz unwichtig und unwesentlich. Es war seit jeher Brauch, daß Journalisten gerade auch sich befehdender Lager miteinander auf „neutralem Boden" Fühlung zu nehmen suchen, um Informationen und Anregungen auszutauschen nach dem Grundsatz: „do ut des". Gleichgesinnte Journalisten sind dagegen zum Informationsaustausch nicht geeignet und noch weniger geneigt, vielleicht um nicht zu verraten, daß sie nichts auszutauschen haben . . . Die „gebende" Seite — das sind natürlich nicht Berufsjournalisten, aber auch nicht führende politische Persönlichkeiten, die der Mangel an Verschwiegenheit um ihr Prestige bringen würde; es sind auch begreiflicherweise nicht Beamte und Angestellte, die es sich gestatten könnten, die Kleinodien ihres Wissens vor Journalisten leuchten zu lassen. Die „gebende" Seite im Sammelbegriff der „politischen Kreise", das sind ganz einfach: eine gewisse Anzahl von politischen „Kiebitzen" und Abgeordneten, die eine offensichtliche Distanz von den leitenden Faktoren der parlamentarischen Gruppen trennt, die von Verantwortlichkeiten wenig belastet sind und denen die verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme ihres Arbeitsvermögens und ihrer geistigen Energie durch ihr parlamentarisches Amt genug Muße gibt, beschaulichen Neigungen zu folgen und die alle politischen Vorgänge, bei denen sie höchstens eine Statistenrolle spielen, mit relativer Objektivität zu betrachten und zu beurteilen pflegen. Mancher von ihnen neigt zum Verkehr mit Presseleuten; wenn aber auch die natürliche Neigung ihnen abginge, die Journalisten finden sie gleichsam instinktiv heraus und verstehen es, sich ihnen zu nähern und sich ihnen — z. B. für den Zweck gesundheitfördernder Abreagierung von Gefühlen, die nach Ausdruck ringen — unentbehrlich zu machen. Die Oppositionspresse verfügt über einige Damen und Herren, welche sich in dem Fach: Abgeordnete aus „gegnerischen" Lagern zum Sprechen zu bringen, hervorragend zu spezialisieren wußten.

Demnach sind es im Grunde eine Anzahl von Abgeordneten und nur einige Journalisten beiderlei Geschlechts, von einer dem Untersuchungsrichter-Talent verwandten Begabung, die den Kern dessen bilden, was man in der Presse als „politische Kreise" zu bezeichnen pflegt. Die Zahl der Personen, die ihre Köpfe zusammenstecken, um ein einigermaßen begründetes Gerücht in die Welt zu setzen, ist wahrhaftig nicht imposant. Indessen sind außer den maßgebenden Faktoren und denen, die unbedingt verschwiegen sein müssen, diese nicht zahlreichen Köpfe die einzigen, welche bezüglich aller in Vorbereitung befindlichen Ereignisse und Erscheinungen überhaupt etwas wissen, eine richtige Fährte zu finden verstehen, eine begründete Ahnung vom Kommenden haben können.

Diese Wenigen legen gegenwärtig eine symptomatische Bedeutung dem Umstande bei, daß Marschall Smigły-Rydz seinen Erholungsurlaub in Zakopane, dessen Dauer sich nach dem ursprünglichen Vorsatz mindestens bis Anfang Februar zu erstrecken hatte, unterbrochen hat und nach Warschau zurückgekehrt ist. Ein zweiter Umstand, auf den sich die Aufmerksamkeit richtet, ist der Empfang des Ministerpräsidenten Składkowski und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski durch den Staatspräsidenten, der mit den beiden Leitern der Regierung eine Beratung abgehalten hat.

Aus diesen beiden Tatsachen lassen sich die (oben angedeuteten) Kenner der politischen Kulissen zu der Annahme verleiten **„daß gewisse Ereignisse in Vorbereitung sind, welche dem politischen Leben einen stärkeren Pulsschlag geben werden.** Andererseits gilt es als sicher, daß schon in nächster Zeit die Proklamierung des neuen politischen Lagers, dessen ideologische Grundlage und Organisation abgeschlossen sind, erfolgen soll. Die in der Bekanntgabe der neuen Organisation enthaltenen Grundsätze müssen — so wird mit Recht angenommen — für das Programm des sogenannten Legionär-Lagers richtunggebend sein, und diese Grundsätze werden auch das Verhältnis des Legionär-Lagers zu allen politischen Strömungen im Lande eindeutig bestimmen. **Es ist kein Geheimnis mehr, daß in der ideologischen Deklaration der neuen politischen Organisation das Bekenntnis zum nationalen Grundsatz mit Nachdruck betont sein wird.**

Über die voraussichtlichen unmittelbaren Folgen der Proklamierung des „neuen Lagers" gehen die Ansichten noch auseinander. Laut einem soeben aufgetauchten Gerücht hat es den Anschein, als ob sich im Gefolge der Entstehung dieses Lagers die Tendenz durchsetzen werde, **das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament allmählich anders als bisher zu gestalten und dem Parlamentarismus einige Zugeständnisse zu machen.** Man spricht daher von der Möglichkeit der **Berufung eines hervorragenden Parlamentariers** des **Legionärlagers an die Spitze des Innenministeriums.**

Damit wäre die erste Voraussetzung für vielleicht weitergehende Änderungen im Verhältnis zwischen der Regierung und — der Volksvertretung geschaffen. Die von hervorragenden Senatsmitgliedern zur Sprache gebrachten Bedenken bezüglich der jetzigen Gestalt der Volksvertretung sind nicht unbeachtet geblieben, trotzdem der Ministerpräsident es für richtig hält, vorerst noch nicht auf sie einzugehen. **Die Aussichten für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung sind nicht schlecht,** doch sind die notwendigen Elemente für eine bestimmte Entscheidung bei weitem noch nicht vorhanden. Die Kenner der in den maßgebenden Kreisen wirkenden Tendenzen haben eine bestimmte Vorstellung von der natürlichen Reihenfolge der Glieder der zu erwartenden Entwicklung. Dieser Reihenfolge gemäß muß sich vor allem erweisen, welche Stellung im politischen Leben das neue Legionär-Lager einzunehmen gedenkt und einzunehmen in der Lage sein wird. Erst nach ungefährer Abschätzung des Einflusses, den dieses Lager auf verschiedene Schichten der Volksgemeinschaft erlangen kann, wird das Problem einer der Gesamtlage im Staate Rechnung tragenden Änderung der Wahlordnung wirklich aktuell werden.

Katastrophale Lage des Schulwesens in Polen.

Der Haushalt des Kultusministeriums im Sejmausschuß.

Die Beratungen über den Haushalt des Kultusministeriums in der Haushaltskommission des Sejm wurden durch eine Ansprache des Kultusministers, Professor Swiętosławski, eingeleitet, der ein düsteres Bild über die Verwüstungen entrollte, welche die lang andauernde Finanz- und Wirtschaftskrisis auf dem Gebiet des Schulwesens angerichtet habe. Diese Verwüstungen, so sagte der Minister, geben nichts den Vernichtungen nach, die durch die gefährlichen

elementaren Katastrophen

hervorgerufen werden. Es werde langjähriger Opfer der Volksgemeinschaft erfordern, um die bestehenden Mängel wieder gutzumachen.

Was das **Volksschulwesen** anbelangt, so sei es notwendig, die Zahl der Lehrer-Etats jährlich um mindestens 4000 zu erhöhen, was einzig zu einer bedeutenderen Verringerung der Zahl jener Kinder führen könne, die eine Schule nicht besuchen können. Ein besonderes Problem bildet die Frage des Baus von Volksschulen und von Lehrerwohnungen.

Heute fehlen in Polen etwa 5000 Schulklassen.

Dieser Übelstand werde zu einem gewissen Maße gelindert durch die Aktion des Vereins zur Unterstützung des Schulbaues, die aber verdoppelt werden müßte, um den dringendsten Bedürfnissen abzuhelfen. Im laufenden Jahre seien über 5000 Schulklassen im Bau, beendet könnten aber nur 2500 werden. Nicht besser sei die Lage im **Mittelschulwesen,** da der Staat die Mittelschule kaum mehr als der Hälfte der lernbeflissenen Jugend sichern kann. Der Rest, das sind ungefähr 82 000, müßten in Privatschulen untergebracht werden. Unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiteten aber auch die **Universitäten.**

Das Ministerium hat einen eingehenden

Vierjahresplan für Investitionen

ausgearbeitet, die einen Betrag von 96 Millionen Złoty erfordern. Dazu würden noch etwa 15 Millionen für Ausbesserungen der Bauten kommen. Das Ministerium wird also mehr als 110 Millionen Złoty im Laufe von vier Jahren ausgeben, damit sich das Schulwesen einigermaßen entwickeln kann. Der Haushalt des Kultusministeriums ist diesmal um 7 470 660 Złoty zu der Gesamtsumme von 355 520 000 Złoty erhöht worden. Dank dem vergrößerten Kredit ist die Hoffnung vorhanden, im kommenden Schuljahr neue 5500 Lehrkräfte dem Schuldienst zuzuführen, was eine Verringerung der Zahl der arbeitslosen Lehrer nach sich ziehen wird. In den akademischen Schulen sind 48 neue Hilfslehrkräfte und die Besetzung eines Teils der Lehrstühle durch Professoren vorgesehen.

Der Minister ging dann auf die

Schulen für Kinder nichtpolnischer Nationalität

ein und glaubte dabei feststellen zu müssen, daß das Ministerium auch weiterhin keinen Unterschied in dem Bestreben machen werde, die schulischen Bedürfnisse der einzelnen Regionen und Mittelpunkte unabhängig davon zu befriedigen, welche Sprache die dort wohnende Bevölkerung als seine Muttersprache ansieht. Einen breiten Raum in seiner Rede widmete der Minister den

Ausschreitungen auf den höheren Lehranstalten.

Der politisierende Teil der Jugend, so sagte er u. a., steht auf dem Standpunkt, daß sie mit allen Mitteln eine Aktion gegen die Juden führen müsse. Der Minister bedauerte, daß dieses Verhalten der Jugend leider die Unterstützung eines Teils der älteren Generation finde. Es sei, so fuhr der Redner fort, unmöglich, anzuordnen, daß

besondere Plätze für Juden und für Christen

bestimmt werden. Es unterliege keinem Zweifel, daß es denjenigen, die diese Aktion der Jugend leiten, durchaus nicht um besondere Bänke zu tun ist, denn niemand könnte glauben, daß aus diesem nichtigen Grunde 50 000 Studenten das Trimester verlieren. Der Minister stellte mit Bedauern fest, daß weder diese Jugend noch der mit ihr sympathisierende Teil der älteren Generation sich darüber klar seien, daß der geschichtliche Augenblick, den die ganze Welt erlebt, so ernst ist, daß er die engste Zusammenfassung aller aufrichtigen Patrioten und rechten Bürger der Republik erfordert. Ein Chaos in dieser Zeit zu säen, und

die Jugend für die Anarchie reif zu machen,

sei eine psychische Entwaffnung Polens, und der Minister könne nicht glauben, daß sich irgend jemand dies wünschte. Es sei daher eine tiefe Tragik in dieser radikalen Verblendung der Führer der antisemitischen Bewegung, die nicht sehen, welchen Dienst sie den umstürzlerischen Elementen leisten, für die ein Chaos in Polen höchst erwünscht wäre.

Im Anschluß hieran ging der Minister auf das Problem der Jugenderziehung ein, wobei er besonders die Notwendigkeit der harmonischen Zusammenarbeit der Schule mit dem Elternhause sowie die Sorge um die physische und moralische Gesundheit der Jugend betonte. Neben diesen Merkmalen des Charakters, des Geistes und des Herzens müsse aber die Schule die Jugend zur Vaterlandsliebe erziehen, zu einer Liebe, die opferwillig und auf das tiefste Verständnis gestützt sein müsse, was ein unabhängiges starkes Polen ist. „Wir wollen", so heißt es weiter, „daß das junge Geschlecht in dem

Bewußtsein der Pflichten

erwachse, die das Vaterland von ihr erheischt. Stark kann Polen nur dann sein, wenn alle Bürger bereit sein werden, es mit allen zugänglichen Mitteln zu verteidigen. In der Zeit der allgemeinen Rüstungen muß die Jugend zu der Überzeugung gelangen, daß nicht allein von der reifen Volksgemeinschaft, sondern auch von ihrem heißen Patriotismus, sowie von der bewaffneten psychischen und physischen Bereitschaft die unabhängige Existenz der Republik abhängt. In erster Linie muß der Jugend die Unantastbarkeit der Grenzen Polens in die Herzen eingeschrieben werden, was man übrigens von jedem Bürger der Republik schlechterdings verlangen kann. Für jeden, der sich der gefährlichen Bedingungen des gegenwärtigen Zusammenlebens der Staaten und Völker bewußt sei, ist es klar, daß Polen neben den Rüstungen und der größten Entwicklung der Technik die seelische Aufrüstung der Volksgemeinschaft brauche. Es muß sich die allgemeine Überzeugung festigen,

daß angesichts der Lage in der ganzen Welt, alle inneren Zwiste gering erscheinen und eigentlich zu bestehen aufhören

gegenüber dem Problem der Sicherheit des Staates."

Nach ermunternden Worten an die Lehrerschaft, in diesem Geiste ihre Aufgabe zu erfassen, stellte Minister Swiętosławski fest, daß in keinem Volke so viel aufrichtiger Pazifismus zu finden sei wie im polnischen. Viele seien sich nicht klar darüber, daß diese Erscheinung in diesen Zeiten sehr gefährlich sei. Sie zeuge davon, daß

die Volksgemeinschaft in ihrer seelischen Stimmung nicht genügend vorbereitet

sei, für einen siegreichen Kampf um das, was der größte Schatz eines freien Volkes ist. Polen denke nicht an einen Eroberungskrieg, aber jeder müsse sich genau dessen bewußt sein, daß bei der heutigen Lage in der Welt die Festigung der Unabhängigkeit Polens und seiner Existenz in den bisherigen Grenzen nicht denkbar sei ohne die maximale Hebung der Wehrkraft.

*

Verwahrlosung der Krakauer Schuljugend.

Das Krakauer Schulkuratorium gibt das Amtsblatt „Dziennik Urzędowy Kuratorjum Szkolnego Krakowskiego" heraus. In diesem Organ ist ein Aufsatz des Kurators Galecki, also eines Mannes, der die Verhältnisse genau kennen muß, über die wachsende Unmoral in der Schülerschaft seines Bezirkes enthalten. Schwere Schlägereien, böswillige Beschädigung von Büchern und Heften sowie Drangsalierung der Schwächeren seien alltägliche Erscheinungen. Aber ebenso alltäglich seien Diebstähle, Verbrechen gegen das keimende Leben und Geschlechtskrankheiten. Im Krakauer Schulbezirk — ohne die Stadt Krakau — sind nach Angabe des Kurators Galecki 90 Fälle von Schwangerschaftsunterbrechung bei Schülerinnen im Alter von 14—18 Jahren festgestellt worden. Ferner wurden bei etwa 200 Schülern und Schülerinnen Geschlechtskrankheiten festgestellt. Die Zahl der Diebstähle, die sich die Schule besuchende Jugendliche zuschulden kommen ließen, geht in die Hunderte. Der Kurator schreibt, daß man annehmen könne, diese Zahlen seien zu verzehnfachen, um den richtigen Stand zu erhalten. Wenn man dazu noch die Ziffern aus der Stadt Krakau selbst berücksichtigen würde, so erhielte man ein erschütterndes Bild. Der Kurator regt an, ähnliche Untersuchungen auch in den anderen Schulbezirken durchzuführen und ihr Ergebnis rücksichtslos zu veröffentlichen.

Deutsche Beschwerde über den Straßburger Sender.

Der deutsche Dichter Hans Friedrich Blunck richtete einen offenen Brief an den bekannten Pariser Politiker und Publizisten Graf D'Ormesson. In diesem Brief wird auf die beiderseitigen Friedensbemühungen hingewiesen und Beschwerde geführt gegen die Sabotage der deutsch-französischen Friedensarbeit durch die Tätigkeit des Straßburger Senders.

Die groben Entstellungen dieses Rundfunksenders ließen in Deutschland ein sehr falsches Bild des Friedenswillens des französischen Volkes entstehen. Wörtlich heißt es in dem Brief: „Die Sendung kommt aus Straßburg, einer Stadt, die erst seit Richelieus Zeit endgültig zu Frankreich kam. Es ist Deutschlands größtes Opfer auf dem Tisch des Friedens, wenn es endgültig auf jenes Land Verzicht leistet, das in der deutschen Kultur unvergessen und unvergeßlich ist. Wir bitten unsere französischen Freunde, diesen Friedenswillen ritterlich zu ehren und zu würdigen, was Deutschland zu opfern bereit war und ist."

Die Schwierigkeit sei vor allem, daß der Straßburger Sender unter Aufsicht der Französischen Regierung stehe und daß deshalb in Deutschland der Eindruck entstehen müsse, die Lügenmeldungen dieses Senders würden aus der Einstellung Frankreichs heraus erlaubt, sie bedeuteten eine Art Probemobilmachung der leicht erregbaren Massen Frankreichs gegen den Nachbarn.

Der Brief schließt mit den Worten: „Woran sind wir? Wird die Französische Regierung, die für die groben Entstellungen des Senders verantwortlich ist, sich um diese Dinge kümmern, oder wird sie es zulassen, daß wir uns erbittert abwenden, daß der Rundfunk und seine Verbündeten die Arbeit des Quai d'Orsay zerschlage? Wir, die Freunde Ihres Volkes, werden ungeduldig und müssen Antwort haben."

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands wirtschaftspolitische Ziele.

Wirtschaftspolitische Rede Dr. Schachts anläßlich der Festsitzung der Reichswirtschaftskammer.

Auf der am 22. d. M., nachmittags, anläßlich des 60. Geburtstages des Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht veranstalteten Festsitzung der Reichswirtschaftskammer ergriff zum Schluß Dr. Schacht selbst das Wort. Er umriß in seinen Ausführungen die bestimmenden Faktoren der erfolgreichen deutschen Wirtschaftsgestaltung der letzten vier Jahre und legte für die versammelte Wirtschaft erneut das Gelöbnis ab, zum äußersten Einsatz für das Werk des Führers.

Dr. Schacht sagte zunächst, daß er in der Reichsbank so viele Beweise wirklicher Zusammengehörigkeit aus allen Teilen der Wirtschaft erhalten habe, daß er allen dafür nur den herzlichsten Dank ausdrücken könne. Auch in dieser Versammlung ströme ihm das Gefühl entgegen, daß wir unlöslich zusammengehören, gleichviel, in welcher Funktion wir zueinander stehen. Anknüpfend an den Vortrag von Prof. Dr. Zenneck von der Technischen Hochschule München über „Wirtschaft und Wissenschaft" unterstrich Dr. Schacht sodann, wie unendlich der Fortschritt der Wirtschaft angewiesen ist auf den Fortschritt der Wissenschaft und wie große Schwierigkeiten die deutsche Wissenschaft heute auf dem Wege zu einem entsprechenden Nachwuchs zu überwinden hat. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die Ausführungen von Prof. Dr. Zenneck Gehör finden, denn das hierbei aufgezeichnete Problem sei geeignet, über die gesamte Zukunft unserer Wirtschaft zu entscheiden.

Dr. Schacht gab sodann einen Rückblick über die vergangenen vier Jahre und einen Ausblick auf die nächsten Jahre. Er zeigte vier bestimmende Faktoren auf, deren erfolgreiche Anwendung er als den grundlegenden Gewinn der letzten vier Jahre bezeichnete. Unter diesen Faktoren der Wirtschaftspolitik sei als erster die Finanzierung all dessen zu nennen, was in den letzten vier Jahren geschaffen wurde und was ursprünglich unter den Begriff des Arbeitsbeschaffungsprogramms zusammengefaßt war. **Daß all die großen Leistungen im Zuge der wiedererstandenen Wehrhoheit und im Zeichen der Zurückgewinnung der deutschen Handlungsfreiheit mit einer derartigen Schnelligkeit und einem derartigen Umfang vor sich gegangen sind und voll finanziert werden konnten, ohne daß Störungen auf dem Geldmarkt oder in der Währungslage eintraten, das erkenne das Ausland heute staunend an.** Diese Finanzierung aus eigener Kraft war nur möglich, weil alles, was an den Geld- und Kapitalmarkt herangetragen wurde, einer Kontrolle und strengen Disziplin unterworfen wurde, und es trete nichts heran, was nicht dem Ziel der Arbeitsbeschaffung und der Wehrhaftmachung dient. Das sei eine der Grundlagen der deutschen Erfolge in den letzten vier Jahren.

Als zweiter bestimmender Faktor der Wirtschaftsgestaltung sei

der Fortschritt in der Entschuldungspolitik

zu werten, über die im Auslande viel gescholten worden sei. Trotzdem habe das Ausland einsehen müssen, daß die Voraussagen, die er, Dr. Schacht, meistens ein bis zwei Jahre zu früh gemacht habe, dann immer Wirklichkeit geworden sind. Deshalb sei aber die Achtung vor der Behandlung des Schuldenproblems durch Deutschland letzten Endes nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Man wisse und erkenne an, daß zwangsläufig der Unsinn, der in der Verschuldungspolitik des deutschen Marxismus und ausländischen Kapitalismus lag, sich eines Tages rächen mußte und daß von bösen Absichten Deutschlands im Grunde genommen keine Rede sein könne. Daher sei es gelungen, sich in den letzten Jahren mit dem Auslande in der Schuldenfrage stets zu verständigen. **Die Aufrechterhaltung der Goldparität der deutschen Währung habe dazu beigetragen, daß Deutschland die ganzen Vorteile der Abwertung der anderen Währungen mit in unsere Entschuldung hineinrechnen konnte, und so sei es gekommen, daß Deutschland heute als den Gewinn der Entschuldung der letzten vier Jahre die runde Summe von acht Milliarden RM. buchen konnte.** Es sei selbstverständlich, daß hinsichtlich der 11 Milliarden RM., die Deutschland zurzeit noch dem Auslande schulde, immer wieder verhandelt werden müsse, denn Deutschland könne sich wirtschfatlich nicht vom Auslande lösen.

Als dritter Faktor sei

die Umgestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik

zu nennen, wie sie im Neuen Plan ihren Ausdruck gefunden habe. Im Jahre 1933 und teilweise auch noch 1934 sei Deutschland trotz der großen Verschuldung an das Ausland in eine passive Handelsbilanz hineingedrückt worden. die einen Devisenverlust brachte. Damit kam Deutschland in den Zustand hinein, in dem es nicht mehr Herr seiner Einkäufe war. Damals habe er — Dr. Schacht — nach Rücksprache mit dem Führer es unternommen, die gesamte Handelspolitik gewissermaßen auf einen einfachen Nenner zu bringen, indem nunmehr **der Grundsatz verfolgt wurde, nie mehr zu kaufen, als man bezahlen kann, und nur das zu kaufen, was man braucht und nicht das, was der andere gerade verkaufen will.** Es wurde also nicht mehr von der Ausfuhrseite, sondern von der Einfuhrseite ausgegangen. Die psychologische Umstellung der Handelspolitik, welche die Grundgedanken des neuen Planes darstellt, sei einer der großen Faktoren, welche die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren gestützt und positiv entwickelt haben. Diese Umstellung habe einerseits gestattet, Deutschlands Rohstoffbezüge (Rohstoffe und Halbzeug) von etwa 26 Millionen To. auf 42 Millionen To. jährlich zu steigern und andererseits den Import von Fertigfabrikaten auf ein Minimum herabzusetzen. Hätte man diese Linie nicht verfolgt, so würden z. B. die gesamtwirtschaftlichen Beziehungen zum Südosten Europas und zu Südamerika nicht jene glückliche Richtung genommen haben, wie sie tatsächlich zu verzeichnen ist. So wurde, aufbauend auf dem Neuen Plan, ein System entwickelt, das darauf hinausläuft, gegenüber dem Ausland auch da in Konkurrenz zu trten, wo das Ausland durch Währungsdumping einen großen Vorsprung in den Preisen zu haben scheint. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Schacht auch auf die günstige Gestaltung der deutschen Außenhandelsbilanz für das Jahr 1936.

Als vierten Faktor der Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre stellte Dr. Schacht das

Festhalten an der Parität der Währung

heraus und machte in Verbindung hiermit einige grundsätzliche Bemerkungen zum Goldproblem überhaupt. Die ganze Frage des Geld- und Währungsproblems sei darauf abzustellen, ob man die umlaufende Geldmenge in einem solchen engen Kreis halten könne, daß jederzeit für den gleichen Geldschein die gleiche Menge Güter gekauft werden kann. In den vergangenen vier Jahren sei der Steigerung der Produktion die Steigerung des Geldumlaufes überlegt angepaßt worden. Die Frage sei, ob es möglich ist, die Gütererzeugung noch weiter zu steigern, oder ob Deutschland auf einem Beharrungszustand angekommen ist. Davon werde die zukünftige Geldpolitik abhängen. **Es komme eben darauf an, das Verhältnis von Produktion und Geldumlauf in einem abgewogenen Verhältnis zu halten. Daß es Deutschland gelungen sei, in diesen schwierigen Problemen in der Vergangenheit richtig zu führen, sei der große Erfolg der von Adolf Hitler inaugurierten und gestützten Wirtschaftspolitik.**

Es könne, so sagte Dr. Schacht, auf die Wirtschaftspolitik im allgemeinen eingehend, in keinem Staat eine Wirtschaft arbeiten und gedeihen, die nicht mit festen Rechts- und Ordnungsgrundsätzen ausgestattet ist. Die Wirtschaft vertrage keine willkürlichen Einbrüche, die nicht mit der Gesetzgebung in Einklang gebracht werden können. — **Die von Deutschland verfolgte Währungsstabilität liege in der Notwendigkeit begründet, die Preise stabil zu halten.** Es sei klar, daß jeder Preisauftrieb, der auf einem Spezialgebiet auftritt, auch auf die Nachbargebiete sich auswirke. Man könne nicht die einzelnen Produktionsgebiete für sich behandeln, da eine Wirtschaftspolitik nicht in Stückwerk gemacht werden könne, ohne daß Rückwirkungen auf die gesamte Wirtschaft zu beobachten sind. In diesem Zusammenhang wandte sich Dr. Schacht auch **gegen das unwirtschaftliche Produzieren.** Wer unwirtschaftlich arbeitet, vermindere die Substanz des deutschen Volksvermögens. Es gebe in der Wirtschaft eine **Kostenfrage**, d. h. eine **Wirtschaftlichkeitsgrenze,** die unter allen Umständen eingehalten werden müsse. Die Substanz des deutschen Volkes sei noch nicht so groß, daß wir sie nach Belieben opfern können. Daher sei **äußerste Wirtschaftlichkeit der Produktion geboten.**

Abschließend brachte Dr. Schacht zum Ausdruck, es sei selbstverständlich, daß der Wirtschaftler und Unternehmer keinen anderen Gedanken haben dürfe, als seinen Betrieb so zu führen, daß sich dies zum Nutzen des deutschen Volkes auswirkt. Man dürfe den Wirtschaftlern dann nicht gewinnsüchtigen Eigennutz vorwerfen. Dr. Schacht sprach den versammelten Wirtschaftlern den Dank für ihre bisher geleistete Arbeit im Dienste des Volkes und Staates aus und forderte von ihnen das Gelöbnis, diese Leistungen noch mehr zu steigern und alles einzusetzen, um das Werk unseres Führers und Reichskanzlers zu fördern, der allein die Zukunft und Sicherheit des deutschen Lebens verbürgen kann.

Die Gefahr eines polnischen Roggenausfuhrverbots für Danzig.

Ost-Expreß mledet aus Danzig:

Der Danziger Getreidehandel sieht mit ernster Besorgnis den Warschauer Entscheidungen darüber entgegen, ob ein allgemeines Ausfuhrverbot für polnischen Roggen erlassen werden wird, oder ob man sich mit einer Einengung bzw. einer Kontrolle des Exports begnügt. Ausgelöst worden sind diese Befürchtungen durch die vertrauliche Anweisung des polnischen Getreideexport-Bureaus an die in Frage kommenden plonischen Exportorganisationen, bis zum 4. Feburar keinen Roggen mehr zu exportieren. Ein entsprechender Beschluß ist in Danzig unter Teilnahme von maßgebenden Persönlichkeiten aus Posen und Warschau gefaßt worden.

Die Danziger Tageszeitungen nehmen ausführlich zu diesem Beschluß Stellung. Sie verweisen darauf, daß in der letzten Zeit recht erhebliche Getreidemengen nach den nordischen Staaten und nach England verschifft worden sind, so daß die polnischen Roggenvorräte stark zusammengeschrumpft wären. Nun soll in den nächsten vierzehn Tagen eine Bestandaufnahme über die noch vorhandenen Roggenvorräte in Polen ergeben, ob eine Ausfuhrsperre notwendig erscheint, oder aber, ob man sich mit weniger einschneidenden Maßnahmen behilft. Wie der „Danziger Vorposten" bemerkt, dürften sich in Danzig gegenwärtig etwa 15 000 bis 16 000 To. polnischen Roggens befinden, der im Rahmen der geltenden Devisenbestimmungen den Polen schon vorweg bezahlt worden sei. Es wäre nicht mehr als billig, diese Roggenmengen auch bei einem Ausfuhrverbot frei zu lassen, denn man dürfte den Danziger Handel nicht darauf sitzen lassen. Ebenso ist man sich noch nicht im klaren darüber, wie weit Termingeschäfte annulliert werden müssen. Alle laufenden Verträge sollen nach den bisherigen Informationen noch erfüllt werden dürfen. Die „Danziger Neuesten Nachrichten" machen darauf aufmerksam, daß Gdingen erheblich weniger als Danzig von einem solchen Ausfuhrverbot betroffen werden würde, weil der größte Teil des polnischen Roggens über Danzig gegangen ist. Im ganzen genommen ist übrigens die Roggenausfuhr im Jahre 1936 erheblich geringer gewesen, als im Jahre 1935. Die Ziffern sind folgende: 1934 gingen 403 218 To. Roggen über Danzig, 1935 waren es nur noch 339 458 To. und 1936 223 000 To. Was in Zukunft aus dem Roggenexport werden soll, hängt außerdem noch von der Entscheidung über die künftige Roggenausfuhrprämie ab. Sie ist in ihrer bisherigen Höhe nur noch bis zum 15. März in Geltung. Man rechnet bestimmt mit einer Herabsetzung, ja glaubt sogar unter Umständen ihren gänzlichen Fortfall befürchten zu müssen. Daher auch die Tendenz, die sich bietenden Absatzmöglichkeiten für polnischen Roggen noch vor diesem Termin auszunutzen. Die Versorgung der Danziger Bevölkerung mit polnischem Roggen bzw. mit Roggen- und Weizenprodukten ist dadurch natürlich in keiner Weise betroffen.

Das polnische Verrechnungsinstitut nimmt seine Tätigkeit auf.

Auf Grund eines Rundschreibens des polnischen Finanzministers vom 18. d. M. sind im Zusammenhang mit der Aufnahme der Geschäftsführung durch das Polnische Verrechnungsinstitut (PJR) vom 1. Februar ab im Verkehr zwischen Polen und Deutschland die Kontrollabschnitte der Verrechnungsscheine an das Verrechnungsinstitut in Warschau von den polnischen und Danziger am Handel mit Deutschland beteiligten Firmen einzusenden. Auch alle Valutenbescheinigungen sind von diesem Termin ab dem Verrechnungsinstitut vorzulegen. Im Verrechnungsverkehr mit Italien, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, der Türkei, Ungarn und der Schweiz sind jedoch bis auf weiteres die Kontrollabschnitte der Verrechnungsscheine an die Kompensations-Handelsgesellschaft zu leiten. Das Finanzministerium hat gleichzeitig mitgeteilt, daß über die Kontrolle des deutsch-polnischen Warenverkehrs neue Anordnungen und Anweisungen ergehen werden, die vom 1. Februar ab in Kraft treten.

Firmennachrichten.

v **Culmsee** (Chełmża). In Sachen des Vergleichsverfahrens des Jan Więckowski, Eigentümers des Weißwaren- und Konfektionsgeschäfts in Culmsee, Termin zur Prüfung der Forderungen am 6. Februar 1937, 10 Uhr, und 27. Februar 1937, 20 Uhr, im Burggericht in Culmsee.

v **Stargard** (Starogard). Zwangsversteigerung des in Rombarg belegenen und im Gundbuch Rombarg, Blatt 3, Inh. Aleksandra Haise aus Rombarg bei Dirschau (Tczew), eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von 192,84,76 Hektar (mit Gebäuden) am 9. März 1937, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 14. Schätzungspreis 190 000 Złoty.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 25. Januar auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Berlin, 23. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,488—2,492 London 12,195—12,225, Holland 136,18—136,46, Norwegen 61,29 bis 61,41, Schweden 62,87—62,99, Belgien 41,89—41,97, Italien 13,09 bis 13,11, Frankreich 11,60—11,62, Schweiz 56,92—57,04, Prag 8,656 bis 8,674, Wien 48,95—49,05, Danzig 47,04—47,14, Warschau —,—.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,27 Zł., dto. kl. Scheine 5,26½ Zł., Kanada —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 25,83 Zł., 100 Schweizer Frank 120,60 Zł., 100 französische Frank 24,56 Zł., 100 deutsche Reichsmark in Papier 118,00, in Silber 125,00 Zł., 100 Danziger Gulden 99,80 Zł., 100 tschech. Kronen 16,20 Zł., 100 österreich. Schillinge 95,00 Zł., holländischer Gulden 288,70 Zł., belgisch Belgas 88,75 Zł., ital. Lire 24,00 Zł.

Effektenbörse.

Posener Effekten-Börse vom 23. Januar.

5% Staatl. Konvert.-Anleihe größere Posten	53.00 G.
kleinere Posten	52.75 G.
4% Prämien-Dollar-Anleihe (S. III)	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1926	—
8% Obligationen der Stadt Posen 1927	—
5% Pfandbriefe der Westpolnischen Kredit-Ges. Posen	—
5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G.-Zł.)	—
4½% umgest. Złotypfandbriefe d. Pos. Landschaft i. Gold	47.50 G.
4½% Złoty-Pfandbriefe der Posener Landschaft Serie I	47.00 +
4% Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft	41.25 G.
Bank Cukrownictwa (ex. Divid.)	62.00 G.
Bank Polski	—
Piechcin. Fabr. Wap. i Cem. (30 Zł.)	—

Tendenz: ruhig.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen	30 to	22.50
	15 to	22.25
Hafer	15 to	19.95

Richtpreise:

Weizen	26.00—26.25	Leinsamen	43.00—46.00
Roggen, ges., trocken	21.50—21.75	blauer Mohn	65.00—69.00
Braugerste	25.50—26.50	gelbe Lupinen	—.—
Gerste 700-715 g/l.	24.00—24.75	blaue Lupinen	—.—
Gerste 667-676 g/l.	22.50—22.75	Seradella	—.—
Gerste 630-640 g/l.	21.50—21.75	Weißklee	80.00—115.00
Hafer 450-470 g/l.	19.00—19.50	Rotklee 95-97% ger.	110.00—120.00
Roggen-Auszugmehl I 0-30%	32.50—33.00	Rotklee, roh	80.00—100.00
Roggenmehl I 0-50%	32.00—32.50	Senf	30.00—32.00
" 0-65%	30.50—31.00	Viktoriaerbsen	20.00—23.50
Roggenmehl II 50-65%	23.25—23.75	Folgererbsen	22.00—24.00
Rogg.-Nachm. 65%	21.50—22.00	Klee, gelb, ohne Schalen	—.—
Weizenmehl I A 0-20%	43.00—44.00	Peluschken	—.—
" A 0-45%	42.00—42.50	Wicken	—.—
" B 0-55%	40.50—41.00	Weizenstroh, lose	1.90—2.15
" C 0-60%	40.00—40.50	Weizenstroh, gepr.	2.40—2.65
" D 0-65%	39.00—39.50	Roggenstroh, lose	2.00—2.25
" II A 20-55%	38.00—38.50	Roggenstroh, gepr.	2.75—3.00
" B 20-65%	37.25—37.75	Haferstroh, lose	2.25—2.50
" D 45-65%	34.25—35.25	Haferstroh, gepreßt	2.75—3.00
" F 55-65%	30.25—31.25	Gerstenstroh, lose	1.90—2.15
" G 60-65%	—.—	Gerstenstroh, gepr.	2.40—2.65
" III A 65-70%	23.75—24.75	Heu, lose	4.30—4.80
" B 70-75%	20.75—21.75	Heu, gepreßt	4.95—5.45
Roggenkleie	15.50—16.00	Netzeheu lose	5.20—5.70
Weizenkleie, mittelg.	14.75—15.50	Netzeheu, gepreßt	6.20—6.70
Weizenkleie (grob)	15.75—16.25	Leinkuchen	23.25—23.50
Gerstenkleie	15.50—16.75	Rapskuchen	18.75—19.00
Winterraps	49.00—50.00	Sonnenblumenkuchen 42—43%	24.50—25.50
		Speisekartoffeln	—.—
		Fabrikkartoff. p. kg%	—.—

Gesamttendenz: ruhig. Umsätze 1441,8 to, davon 561 to Roggen, 231 to Weizen, 185 to Gerste, 95 to Hafer.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 25. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Złoty:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (117,2 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit, Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit. Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5% Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61-667 g/l. (112-113,1 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit, Gerste 643-649 g/l. (108,9-109,9 f. h.) zulässig 2% Unreinigkeit, Gerste 620,5-626,5 g/l. (105,1-106 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Roggen	45 to	22.10	gelbe Lupinen	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Gerste 661-667 g/l.	to	—.—
Roggen	— to	—.—	Braugerste	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Speisekart.	— to	—.—
Stand.-Weizen	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	22.00—22.25	Weizenkleie, mittelg.	15.50—16.00
Standardweizen	26.25—26.50	Weizenkleie, grob	16.25—16.50
a) Braugerste	25.00—26.50	Gerstenkleie	16.50—17.00
b) Einheitsgerste	—.—	Winterraps	48.00—49.00
c) Gerste 661-667 g/l.	23.00—23.50	Rübsen	44.00—46.00
d) " 643-669 g/l.	22.75—23.00	blauer Mohn	61.00—64.00
e) " 620,5-626,5 g/l.	21.75—22.00	Senf	27.00—29.00
Hafer	19.00—19.25	Leinsamen	41.00—43.00
Roggen-Auszugmehl 0-30%	—.—	Peluschken	20.50—21.50
Roggenm. I 0-50%	34.25—34.75	Wicken	19.50—21.00
" I 0-65%	32.75—33.25	Seradella	17.00—19.00
Roggenm. II 50-65%	26.75—27.50	Felderbsen	20.00—21.00
Roggen-nachmehl 0-95%	26.50—27.25	Viktoriaerbsen	21.00—25.00
" über 65%	—.—	Folgererbsen	22.00—24.00
Weiz.-Ausz. 10-20%	44.00—45.50	blaue Lupinen	10.50—11.50
Weizenm. I A 0-45%	43.00—43.50	gelbe Lupinen	12.50—13.50
" I B 0-55%	42.25—42.75	Gelbklee, enthülst	—.—
" I C 0-60%	41.50—42.00	Weißklee, unger.	90.00—125.00
" I D 0-65%	40.75—41.25	Rotklee, unger.	80.00—100.00
" II A 20-55%	36.25—37.25	Rotklee 97% ger	115.00—125.00
" II B 20-65%	35.75—36.75	Speisekartoffeln Pom.	—.—
" II C 45-55%	34.75—35.75	Speisekartoffeln n. Net.	—.—
" II D 45-65%	34.00—35.00	Kartoffelflocken	19.50—20.00
" II E 55-60%	32.75—33.75	Leinkuchen	23.50—24.00
" II F 55-65%	29.75—30.25	Rapskuchen	19.00—19.50
" II G 60-65%	28.75—29.25	Sonnenblumenkuch. 42-45%	24.50—25.50
Weizenschrot-nachmehl 0-95%	31.75—32.25	Trockenschnitzel	8.50—9.00
Roggenkleie	15.75—16.00	Roggenstroh, lose	—.—
Weizenkleie, fein	15.75—16.25	Roggenstroh, gepr.	3.25—3.50
		Netzeheu, lose	4.00—5.00
		Netzeheu, gepreßt	5.00—5.50

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen, Gerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, Hafer stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	210 to	Futterkartoff.	— to	Hafer	10 to
Weizen	58 to	Fabrikkartoff.	— to	Peluschken	10 to
Braugerste	— to	Saatkartoffeln	— to	Raps	— to
a) Einheitsgerste	178 to	Kartoffelflock.	— to	Sonnenblumenkerne	— to
b) Winter- "	to	blauer Mohn	— to	blaue Lupinen	— to
c) Somme- "	to	Senf	— to	Rübsen	— to
Roggenmehl	50 to	Gerstenkleie	— to	Wicken	26 to
Weizenmehl	7½ to	Seradella	10 to	Gemenge	30 to
Viktoriaerbsen	30 to	Leinkuchen	17 to	Leinsamen	11,6 to
Feld-Erbsen	— to	Rapskuchen	5 to	Buchweizen	— to
Folger-Erbsen	5 to	Netze-Heu	— to	Pferdebohnen	— to
Roggenkleie	15 to	Trockenschnitzel	— to	gelbe Lupinen	— to
Weizenkleie	— to	Palmkernkuchenm.	— to		

Gesamtangebot 809 to.

Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 23. Januar.) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 gr 12, Klasse A über 60 g 11, Klasse B über 53 g 10, Klasse C über 48 g 8½, frische Eier: Klasse A über 60 gr 10¾, Klasse B über 53 g 9; abweichende kleine und Schmutzeier 9. Auslandseier: Dänen und Schweden: 18er 11¼, 17er 10¼, 15½—16er 9¼, leichtere 8½; Norweger, estländische und ähnliche Sorten: 18er 11¼, 17er 10¼, 15½—16er 9¼, leichtere 8½; Holländer, Belgier und ähnliche Sorten: 67—69 g 11¼, 64—66 g 10¼, 60—63 g 9¼, 56—59 g 8½; Ungarn und Jugoslawen: große 10, mittelgroße 9, normale 8¼; Rumänen: mittelgroße —, normale —; Bulgaren: mittelgroße —, normale 8¾; Russen: größere —, normale —; Polen: normale —, kleine, Mittel- und Schmutzeier —. Kühlhauseier: deutsche: extra große 10, große 9½, normale 8¾, kleine 8¼; ausländische: extra große —, große —, normale —, kleine —; Kalkeier: extra große —, große —, normale —, kleine —.

Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergroßhändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Tendenz: anhaltend.